

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

269 (19.11.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mustestunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbm. 1.15 M. mit 1. M. ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Samstags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 22 P., auswärts u. Kollektivans. 28 P., Restzeitung 1. M. Annahmefrist 8 Uhr vorm. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpllin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Chamberlain über den Locarno-Vertrag

London, 18. Nov. Vor einem dicht gefüllten Unterhaus und in Anwesenheit zahlreicher Diplomaten — der deutsche Botschafter fehlte wegen Krankheit — begründete heute Chamberlain den Regierungsantrag, der den Wortlaut hatte: Das Haus billigt die Ratifizierung des aeneinseitigen Garantievertrages, der am 16. Oktober in Locarno parafiert wurde.

Die Arbeiterpartei hatte einen Zusatzantrag eingebracht, in dem die Partei der Ratifizierung des Vertrages zustimmt und ihre Genugtuung ausdrückt über die Schiedsgerichtsentscheidung und Deutschlands Aufnahme in den Völkerverbund, aber bedauert, daß in dem Antrag keine Bestimmungen über Abstützung enthalten seien. Es werden positive Schritte im Sinne der Abstützung und der Aufnahme Rußlands in den Völkerverbund gefordert.

Chamberlain, der eine feste Dotation erhielt, begann seine Rede mit der Feststellung, daß er gewünscht hätte, daß der von ihm beantragte Vertrag des Kabinetts ohne Zusatzanträge angenommen worden wäre, denn die Politik von Locarno sei keine Parteipolitik, sondern eine nationale Politik gewesen, die getragen sei von den breiten Volksmassen in allen Ländern.

Chamberlain hob rühmend das Verdienst der deutschen Delegation um das Zustandekommen des Vertrages hervor. Er habe sich in Locarno sofort von der ehrlichen Absicht der deutschen Staatsmänner überzeugen können, an dem Werke der Befriedung Europas mitzuarbeiten. Des Hauptverdienstes für das Zustandekommen der Verträge von Locarno gebühre aber der Großmütigkeit Briand's. Locarno sei der Anfang.

Wichtiger als das Vertragswort sei der Geist, der dort entstanden sei, der Völkervertrag aus einer alten einschläfernden Wagenpur der Kriegsgedanken und Wanktätigkeit.

Die Charakterstärke der Vertreter Deutschlands und Frankreichs sei von entscheidender Bedeutung für das Zustandekommen der Verträge. Man könne die Atmosphäre nur dahin kennzeichnen, daß, wenn ein Bewohner eines anderen Planeten plötzlich in das Beratungskabinett des Rathhauses von Locarno hineingeführt wäre, er niemals geglaubt haben würde, daß es Vertreter von Nationen seien, die noch vor wenigen Jahren im Krieg miteinander gestanden hätten, sondern er würde den Eindruck gehabt haben, daß sachlich denkende Geschäftsmänner ihre Angelegenheiten zu regeln besträht seien.

Dann polemisierte Chamberlain gegen die Zusatzanträge der Oppositionsparteien. Die Staatsmänner, die in Locarno vertreten gewesen seien, hätten gar keine Vollmacht gehabt, über Abstützung zu reden. Die Abstützungstrategie könne nur vor einem viel größeren Forum erörtert werden, in dem alle Nationen vertreten sein müßten, die in Locarno nicht vertreten waren. Der nächste Schritt auf dem Wege der Friedenspolitik sei die Abstützung. Der Völkerverbund werde in seiner im Dezember bevorstehenden Sitzung Vorbereitungen für die Abstützungsmassnahmen treffen.

Es sei ungerath, der englischen Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie

Rußlands Eintritt in den Völkerverbund verhindere. Zischlischerin habe erst kürzlich in Berlin in einer Unterhaltung mit dem dortigen englischen Botschafter auseinandergesetzt, daß Rußland nicht daran denke, einer Gesellschaft von Nationen beizutreten, deren wirtschaftliche und soziale Gesellschaftsordnung nach einem System geregelt sei, das niemals die Billigung der Sowjetregierung finden könne. Chamberlain betonte, daß man Rußland keineswegs aus dem Völkerverbund ausschließen wünsche, aber die Autorität des Völkervertrages sei nicht, daß der Völkerverbund um Rußlands Eintritt bettele.

Dann gab Chamberlain eine kurze Uebersicht über den Inhalt der Verträge. Er erwähnte beiläufig, daß die Hauptschwierigkeit, die während der Verhandlung in Locarno entstanden sei, sich um Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund gehandelt habe. Man habe Deutschland den im Protokoll niedergelegten Brief geschrieben, weil sie in Locarno vertretenen Nationen der Ansicht gewesen seien, daß sie damit keineswegs Deutschland eine Ausnahmestellung im Völkerverbund eingeräumt hätten. Es sei das eine dem gefunden Menschenverstand angepasste Interpretation der Sagenungen.

Niemand könne verlangen, daß ein Mitglied des Völkerverbundes mehr leiste, als es materiell oder physisch in der Lage sei, zu leisten. Chamberlain setzte dann ausführlich auseinander, daß

England nur das notwendige Minimum an Garantieverpflichtungen eingegangen sei.

Englands Garantien werden entweder wirksam aufgrund eines Spruches des Völkerverbundes — das sei eine Verpflichtung, die England aber bereits aufgrund der Sagenungen des Völkerverbundes eingegangen sei —, oder sie können wirksam werden, wenn Rußland einseitig ausnahmlos von Frankreich oder Deutschland im Falle einer unprovokierten feindlichen Handlung

eines der am Rhein angrenzenden Länder. Dann stehe aber England selbst und der englischen Regierung das Urteil zu, ob der Angriff unprovokiert sei und ob er eine so ernsthafte Gefährdung des aneignenden Landes darstelle, daß bereits ein Einmarsch der Garantienstaaten ohne Schiedspruch des Völkerverbundes erforderlich sei.

Auf die Anfrage von Macdonald erklärte Chamberlain, daß die Garantien, die England und Italien ausgesprochen hätten, keine Kollektivgarantien darstellten, sondern in jedem Falle könnte die italienische oder englische Regierung, je nach freiem Ermessen, entscheiden, ob sie ein Vorliegen des Garantiefalles anerkennen in der Lage sei. Selbstverständlich würde in der Praxis eine Fühlungnahme zwischen England und Italien in jedem Falle erfolgen. Chamberlain betonte, daß

die Verträge keine Kriege zwischen den unterzeichnenden Staaten zwar nicht vollständig unmöglich, aber doch viel un-mahrscheinlicher gemacht hätten.

Kein Staat würde durch Verletzung dieser Verträge das Diktum vor der zivilisierten Welt auf sich nehmen wollen, einen Krieg gegen einen Mitunterzeichner herbeigeführt zu haben. Es sei viel un-mahrscheinlicher geworden, daß Kriege zwischen diesen Ländern in Zukunft aus irgendwelchen neben-sächlichen Anlässen entstehen könnten.

Zum Schluß fasste Chamberlain die Vorsätze des Vertrages von Locarno dahin zusammen:

Es sei ein Vertrag, der gegen niemanden gerichtet ist, der in jeder Beziehung die Genesenspolitik aller Verpflichtungen wahre und vollständig in Einklang stehe mit dem Wortlaut und dem Geist der Völkervertragsbestimmungen. Den Dominions sei eine vollständig freie Stellungnahme vorbehalten, aber die englische Regierung habe die Absicht, bereits in nächster Zeit eine Konferenz einzuberufen, um mit den Dominions über ihren Beitritt zum Vertrag von Locarno zu verhandeln.

Während der folgenden Rede von Macdonald kam es mehrfach zu lärmenden Zwischenrufen, als der Führer der Arbeiterpartei den Unterstaatssekretär Ramsay Gore zur Rede stellte, weil dieser in einer Rede in Manchester behauptet hätte, der Vertrag von Locarno sei von der englischen Regierung zustande gebracht worden, um Deutschland von Rußland loszulösen und einen Block der westlichen Völker gegen Rußland zusammenzuschließen. Diese dem Fakt von Locarno untergelegten Sintergedanken lehnte Chamberlain auf das nachdrücklichste ab. Macdonald erklärte, daß für ihn die psychologische Umwandlung, die sich in der letzten Verfassung Europas vollzogen habe, viel bedeutungsvoller sei als der Fakt selbst.

London, 18. Nov. (Aus dem Unterhaus.) Im Laufe der Sitzung fragte ein Mitglied der Arbeiterpartei an, ob der britischen Regierung bereits irgend etwas davon bekannt sei, daß die russische Regierung die Unterzeichnung der Locarno-Verträge im Dezember beabsichtige werde. Chamberlain erwiderte, die britische Regierung habe alle eingeladen, die die Verträge von Locarno parafiert haben, mit ihren Delegationen von der Locarno-Konferenz bei der Unterzeichnung am 1. Dezember in London zuzugewarten zu sein.

Die Abstimmung

London, 19. Nov. Das Unterhaus hat den Völkervertragsantrag der Arbeiterpartei zu dem Antrag Chamberlain's, der die Ratifizierung des Vertrages von Locarno billigt, mit 332 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Einige Liberale stimmten für die Regierung, andere enthielten sich der Stimme. Das Unterhaus nahm darauf den Antrag Chamberlain's, wonach die Ratifizierung des Vertrages von Locarno gebilligt wird, mit 375 gegen 13 Stimmen an.

London, 19. Nov. (Eigener Funddienst.) Die Abstimmung des Unterhauses über die Ratifizierung des Vertrages von Locarno hat bestätigt, daß sich in den letzten Wochen in England trotz der ständigen lärmenden Kritik eine Einheitsfront für den Vertrag von Locarno durchgesetzt hat. Die Verabschiedung des Faktes beweist aber noch weiter, worauf in den Kreisen der englischen Arbeiterpartei mit besonderem Nachdruck hingewiesen wird, daß in sämtlichen Parteien ausgesprochene Stimmung dafür vorhanden ist, die durch Locarno geschaffene günstige Atmosphäre zur Einleitung einer allgemeinen Entwaffnungssaktion des Völkerverbundes auszunützen. In seiner Kommentierung der Haltung der Arbeiterpartei zugunsten des Faktes von Locarno stellt der „Daily Herald“ fest, daß die Partei für den Fakt stimmt, weil er in diesem Augenblick das Höchstmaß des Erreichbaren darstelle. Die Schiedsgerichtsinstanz und der mit dem Fakt verbundene Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund habe die Stellungnahme der Arbeiterpartei entschieden. Selbst wenn der Vertrag von Locarno keinerlei weitere Wirkungen mehr auslöse, so habe er doch das eine erreicht, nämlich Deutschland offiziell zum Freunde Englands und Frankreichs zu machen.

Fort mit den Zöllen!

Der Widerstand der Zollpolitik
Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Der wirtschaftliche Tiefstand der Gegenwart — wahrscheinlich haben wir den tiefsten Punkt noch nicht erreicht — zwingt uns zum Nachdenken über unsere Wirtschaftspolitik.

Die Hochschulzöllner freilich möchten gern, daß sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit den einmal eingeführten Zöllen als mit einer gegebenen Tatsache abfindet. Sie werden sich täuschen.

Sie werden nicht müde, auf die Senkung der Getreidepreise, die trotz der Geltung des neuen Zolltarifs in den letzten Monaten eingetreten ist, hinzuweisen. Damit ist nach ihrer Beweisführung die sozialdemokratische Auffassung von der preissteigernden Wirkung der Zölle „schlagend widerlegt“. Sie verschweigen dabei nur immer, daß die Senkung der Getreidepreise eine internationale Erscheinung ist, die ihre Ursache im reichen Ernteertrag dieses Jahres hat. Aus der Preisstatistik ist übrigens auch beim gegenwärtig niedrigen Preisstand des Getreides die verteuerte Wirkung der deutschen Zölle deutlich zu erkennen.

Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft ist uns am schärfsten in den Kriegsjahren zum Bewußtsein gebracht worden. Als wir von der übrigen Welt abgegeschlossen und auf den Ertrag des deutschen Bodens allein angewiesen waren, da trat der Hunger seine rücksichtslose Herrschaft in Deutschland an. Man lache nicht, das war im Krieg! Würden wir uns heute radikal von den Ländern mit Lebensmittelfürschüssen abschließen, so würde in Bälde der gleiche Zustand eintreten wie damals, vielleicht noch rascher.

Deutschland war schon längst vor dem Kriege ein Industriestaat geworden. Trotz der geschwächten industriellen Produktion ist es das heute in noch höherem Grade. Die Kriegsniederlage der Weltmonarchie hat uns 15% des alten deutschen Gebiets mit nicht ganz 10% der Bevölkerung gekostet. Die verlorenen Gebiete sind im Durchschnitt weit dünner bevölkert als Gesamtdeutschland. Große fruchtbare landwirtschaftliche Provinzen sind abgetrennt, die dichtbevölkerten Industriegebiete sind dem Reich geblieben. Die Fehlmengen an Nahrungsmitteln ist darum, zumal auch der Grund und Boden seinen früheren Ertrag noch nicht wieder voll erreicht hat, größer als vor dem Kriege. Auf die Dauer können wir diese Fehlmengen nur dann vom Ausland beziehen, wenn wir uns durch den Absatz deutscher Industrieprodukte im Ausland die Geldmittel beschaffen, die zu ihrer Bezahlung erforderlich sind.

Groß ist zur Zeit noch der Mehrbetrag der deutschen Einfuhr gegenüber der Ausfuhr. Auf die Dauer führt die stete Ueberziehung der Ausgaben gegenüber den Einnahmen in der Wirtschaft eines Volkes genau so zum Bankrott wie in der Wirtschaft eines Einzelunternehmens oder Einzelhaushalts. Nur ist der Bankrott einer Volkswirtschaft viel folgenschwerer, als der eines Unternehmens oder sogar einer größeren Zahl von Einzelunternehmungen. Was soll mit den Menschen geschehen, die das eigene Land nicht ernähren kann, denen aber auch keine Nahrungsmittel aus dem Ausland beschafft werden können?

Wie läßt sich der hier ange deuteten Gefahr begegnen? Man kann die Einfuhr einschränken, aber doch nur innerhalb eng bemessener Grenzen. Auf die unentbehrlichen Lebensmittel, die das Schwergewicht der Einfuhr bilden, kann nicht verzichtet werden. Die scharfe Einschränkung relativ entbehrlicher Einfuhrwaren hat aber sofort Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder zur Folge. Der gegenwärtige Zollkriegszustand zwischen Deutschland und Spanien ist ein sprechender Beweis. Deutschland wollte die Einfuhr spanischer Weine im Interesse des einheimischen Weinbaues möglichst droffeln. Die Folge ist, daß Spanien die Verhandlungen über den Handelsvertrag abgebrochen hat und auf die deutschen Industrieprodukte Zölle legt, die jede Ausfuhr Deutschlands nach Spanien unmöglich machen.

Die Bankrottsgefahr, die der deutschen Wirtschaft droht, kann nur abgewehrt werden durch systematische Förderung unserer Ausfuhr.

Hochschulzölle hemmen aber die Ausfuhr!

Sie veranlassen unsere Abnehmerstaaten, wie das spanische Beispiel zeigt, zu Maßnahmen, die unsere Ausfuhr lahm legen, und sie vermindern die deutsche Konkurrenzfähigkeit in der Welt durch Erhöhung unserer Produktionskosten. Zölle bedeuten stets — das ist ja ihr ausgesprochenes Zweck eine Erhöhung der Preise der von ihnen betroffenen Waren. Werden aber die Preise der vom Ausland bezogenen Nahrungsmittel und damit zugleich die der im Inland erzeugten um den Betrag des Zolles über die Weltmarktpreise hinaufgedrückt, so müssen die Arbeitskräfte entsprechend höhere Löhne und Gehälter fordern. Dazu kommt noch die Vertuierung sehr vieler Rohstoffe der Industrie durch die Zölle. Diese Steigerung der eigenen Produktionskosten über die des

Leistungen der Luther-Strefemann-Regierung

Hundert Millionen für Kapitalisten — Bettelstennige für die Arbeiter

Unter der Rubrikenscheidung versteht man die Veräußerung des direkten Schadens, der den Gewohnern des Ruhrbezirks aus der Besetzung und ihren Folgen erwuchs. Die Summen, die das Reich während des Ruhrkrieges zur Finanzierung des passiven Widerstandes (Kredite an die Unternehmer, Lohnsicherung für die Arbeiter, Unterstellungen usw.) verausgabte, fallen nicht unter den Begriff der Rubrikenscheidung. Das gewöhnliche Volk wußte von Extrarubrikenscheidungen überhaupt nichts, sondern lebte in dem Glauben, daß jeder einzelne, ob Bürger oder Arbeiter, seinen Schaden aus dem verlorenen Ruhrkampf selber zu tragen habe. In diesem Glauben wurde das Volk durch die Reichsregierung bestärkt, die immer wieder beteuerte, sie könne unmöglich die entstandenen Schäden vergüten. Also nahm sie die ganze Bevölkerung auf sich — die Arbeiter in Gestalt überhöhter Löhne, die übrigen in Form außerordentlich hoher Kohlenpreise. Sie alle waren „lojal“ genug einzusehen, daß die Industrie die materielle Last der Ruhrbesetzung nicht allein tragen konnte.

Es ist noch kein Jahr vergangen, daß die Deffentlichkeit plötzlich eines anderen belehrt wurde. Im Dezember 1924 wurde bekannt, daß die Regierung die Bevölkerung belogen und ganz heimlich an die Ruhrindustrie ein paar hundert Millionen Mark als Rubrikenscheidung ausbezahlt hatte. Im Reichstag wurde die Regierung zur Rebe gestellt. In gewundenen Ausreden gab sie das Faktum zu und verpackte die Vorlesung einer Denkschrift. Als diese dann am 16. Februar 1925 erschien, enthielt sie die Bestätigung, daß die Regierung in aller Stille mit den Ruhrkapitalisten deren Entschädigung abgemacht hatte, ohne daß der übrigen arbeitenden Bevölkerung mit einem Worte gedacht worden war. Die einzelnen Wirtschaftszweige haben demnach aus der Rubrikenscheidung erhalten:

Ruhrkohlenfondstakt einisch. Süddeutsche Industrie	556 000 000 M.
Rheinisches Braunkohlenfondstakt	10 604 000 „
Becken des Ruhrgebiets	9 798 500 „
Braunkohlen-Regiebetriebe	4 500 000 „
Chemische Industrie	50 000 000 „
Rheinisch-Westfälische Industrie	20 500 000 „
Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete	30 000 000 „
Sonderverfahren	25 000 000 „
Zusammen	706 402 500 M.

Der Reichstag sollte einen Ausschuss ein, der prüfen sollte, ob die Auszahlung im Ganzen wie im einzelnen zu Recht erfolgte. Zur Beschwichtigung der gereizten Arbeiter versprach die Regierung entsprechend einem Antrage der Sozialdemokraten, auch den Arbeitern und Angestellten ihre Ruhrschäden zu ersetzen. Versprechen und halten ist zweierlei. Als nach langen Erwägungen und Beratungen endlich die „Grundzüge“ für die Rubrikenscheidung an die armen Proleten herauskamen, erwießen sie sich als eine freche Verhöhnung. Als Grundbetrag erhielt jeder Geschiedigte 80 M. und für jeden Familienangehörigen 10 M., wenn — Eine ganze Reihe von Bedingungen müssen erfüllt sein, bevor einer seinen Anspruch geltend machen kann. Die Richtlinien enthalten einen

mit den Deutschnationalen seit mehr als Jahresfrist doch vielen Anhängern dieser Partei die Augen darüber geöffnet hat, wie gefährlich und gemeinschädlich das weitere Begehen dieses Weges nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für das Zentrum selbst wird. Auf diese Voraussetzungen stehend, konnte Herr Dr. Wirth jene demonstrative Handlung wagen, die von der innerpolitischen Bedeutung in Deutschland werden kann. Herr Dr. Wirth hat in Kassel seinen Parteifreunden die verhängende Hand wieder hingestreckt und Herr Dr. Marx hat in sie eingeschlagen. Das wird niemand bedauern, der die demokratische und republikanische Fortentwicklung in Deutschland ehrlich wünscht. Ein auf dem Wege zur Demokratie und Republik marschierendes einziges Zentrum ist für die innerdeutsche Entwicklung von großer Bedeutung und Wert; ein zerfallenes Zentrum würde einen solchen Wertfaktor nicht darstellen. Bedeutet auch die Kasseler Tagung einen Fortschritt, so wäre es doch töricht, sich in Illusionen zu ergeben. Die Wandlung im Zentrum wird sich, falls die Kasseler Anfänge nicht wieder unterdrückt werden sollten, nur langsam vollziehen. Das Zentrum wird auch nach Kassel allen denen, die ehrlich bemüht sind, die demokratisch-republikanische Entwicklung in Deutschland rasch zu fördern, noch manche bittere Stunde bereiten, denn die konservativen und reaktionären Kräfte in ihm werden zur verstärkten Abwehr schreiten.

Der Verlauf des Kasseler Parteitags hat erwiehen, wiewohl ein guter und genauer Kenner des Zentrums Herr „Augustinus vom Grund“ ist. Seine kritischen Betrachtungen über das Zentrum im „Volksfreund“ haben begeisterte Zustimmung in den führenden badiischen Zentrumskreisen etwas verschönigt, aber sie dienten lediglich der Erreichung des Ziels, dem auch Herr Dr. Wirth zustrebt und wofür er Beifall in Kassel gefunden hat. Herr „Augustinus vom Grund“ hat durch seine Artikel im „Volksfreund“ mit dazu beigetragen, den ersten Vorstoß innerhalb des Zentrums zu fördern. Und wir sind überzeugt, daß heute mancher badiische Zentrumsmann, der zunächst beim Erscheinen der Augustinusartikel sowohl über Herrn Augustinus wie über den „Volksfreund“ sehr ergrimmt war, heute wesentlich ruhiger darüber denkt und urteilt. Weitere Betrachtungen über die Zentrumstagung in Kassel und ihre mögliche Bedeutung anzustellen, behalten wir uns vor.

Graf Westarp lügt die Deutschnationalen an

Auf dem kürzlich abgehaltenen Parteitag der Deutschnationalen erklärte Herr Reichstagsabgeordneter Graf Westarp: Die Geschichte wird, davon bin ich überzeugt, dereinst feststellen, daß unsere Mitarbeit in der Regierung der deutschen Außenpolitik dieses Jahres bis zum Beginn der Konferenz von Locarno einen deutlich erkennbaren Stempel aufgedrückt hat. Das ist, wie ich aus nächster Kenntnis der Dinge heraus besagen muß, vor allem der unermüdbaren und klugen Tätigkeit, der zuvorkommenden und ähren Energie meines Freundes, unseres Ministers Schiele, zu danken. Noch ist es nicht möglich und zulässig, aus der Kenntnis interner Verhandlungen heraus den Nachweis hierfür im einzelnen zu führen.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: „In voller Kenntnis der tatsächlichen Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, erklären wir, daß Graf Westarp mit diesen Worten bewußt die Unwahrheit gesagt, deutlichst gezeichnet den Parteitag angelogen hat.“

Graf Westarp will damit den Eindruck erwecken, als ob die drei deutschnationalen Minister im Kabinett einen ähren, energischen Kampf gegen Locarno geführt hätten. Und damit lügt der Graf. Das gerade Gegenteil davon ist richtig. Die drei deutschnationalen Minister sind auf dem Parteitag als Hebel des nationalen Widerstandes, im Sinne des Kampfes gegen Locarno gefeiert worden. Die beiden Anwesenden haben das über sich ergehen lassen, ohne ein Wort des Widerstands zu äußern. Auch Herr Schiele hat an öffentlichen Aeußerungen der Reichspressen gezwungen. Wir erklären, wieder in voller Kenntnis der tatsächlichen Folgen, die sich daraus ergeben können, daß die Herren Schiele, Schiele, Schiele, Reuhaus — in einer Darmstädter Rede auch zu seiner Meinung geäußert hat. Im Einverständnis mit den drei deutschnationalen Ministern hat Herr Strefemann noch am 22. Okt. im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages über die Konferenz berichtet, und der Reichstagsminister Dr. Luther hat auf eine sozialdemokratische Anfrage erklärt, daß das Kabinett einstimmig, mit Einschluß der drei neuernannten Personen des nationalen Widerstandes, das Ergebnis von Locarno beifallig habe.“

Raus mit den Königsmachern.



Vor Taschendieben wird gewarnt!

Auslands hinaus kann die deutsche Industrie noch viel weniger ertragen, als in der Vorkriegszeit. Denn die Störung der weltwirtschaftlichen Beziehungen durch den Krieg ist vom Ausland dazu ausgenutzt worden, die eigene Industrie zu entwickeln, neue Industrien zu schaffen, kurz, sich konkurrenzfähiger zu machen.

Die deutsche Industriewirtschaft braucht die gestärkte Konkurrenzfähigkeit des Auslandes nicht zu fürchten, unter zwei Voraussetzungen. Erstens darf sie, wie angeführt, ihre eigenen Produktionskosten nicht künstlich steigern. Zweitens muß sie die technische Rückständigkeit wieder wettmachen, in die wichtige Zweige der Industrie in den letzten Jahren geraten sind. Aber auch in dem letzteren Punkte spielt die Zollpolitik wieder eine verhängnisvolle Rolle. Ihrem ganzen Wesen und Prinzip nach dient die Zollpolitik nicht dazu, sondern die am unwirtschaftlichsten arbeitenden Betriebe zu schützen und in ihrem veralteten Zustand zu erhalten.

Nehmen wir noch hinzu, daß eine wirtschaftliche Produktion, die nicht einseitig die Arbeiterlöhne, sondern vor allem die unpersonlichen Produktionskosten herabdrückt, auch die Kaufkraft im Innern steigert, so erkennen wir, wie

dringend notwendig es ist, unseren schärfsten Kampf gegen die widerwärtige Zollpolitik fortzusetzen.

Kaht man den kleinen europäischen Kontinent ins Auge, so tritt die Sinnlosigkeit der Zollpolitik noch schärfer zutage. Warum kann auf diesem kleinen Stück der Erdoberfläche nicht ein ungehemmter Austausch der Erzeugnisse vor sich gehen? Warum müssen der Lieferung deutscher Maschinen gegen russischen Weizen, deutscher Uhren und Pianos gegen spanische Weine Hemmnisse bereitet werden? Einjt hat man selbst zwischen deutschen Einzelstaaten Zollschlagbäume aufgerichtet. Wie jene beseitigt worden sind, zunächst durch den deutschen Zollverein und dann endgültig durch die Reichsgründung, so müssen auch die Zollmauern zwischen den Ländern Europas eingestrichen werden.

Der politischen Verkündigung, die in Locarno angebahnt ist, muß die europäische Wirtschaftsverständigung folgen.

Der Weg zu diesem Ziel führt über den schneidigen Abban unserer Hochzollzölle.

Es wird der Reaktion nicht erpart bleiben, am kommenden Wahltag ihren Zollwucher zu verteidigen gegen unsern Ruf:

„Fort mit den Zöllen!“

Nach der Zentrumstagung in Kassel

Die Verhandlungen auf dem diesjährigen Reichsparteitag des Zentrums werden noch einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden müssen. Ganz unverkennbar ist, daß das Zentrum mindestens in das Anfangsstadium einer gewissen Wandlung eingetreten ist. Den entscheidenden Anstoß dazu hat Herr Dr. Wirth gegeben. Innerpolitisch von erheblicher Bedeutung ist die einstimmig angenommene Resolution, die das Verhältnis des Zentrums zur Republik darlegt. Die Annahme dieser Resolution bedeutet einen Fortschritt, der im Interesse der Festigung der auf demokratischer Grundlage aufgebauten Republik zu begrüßen ist. Gewiß, die Zahl der Parteigänger des Zentrums, die auch heute noch von der Demokratie nicht viel und von der Republik gar nichts wissen wollen, wird sich noch in sehr beachtlicher Stärke präsentieren. In einer im Grunde genommen konservativen Partei, und eine solche ist das Zentrum, vollzieht sich naturgemäß die innere Entwicklung sehr langsam. Es wird der angestrengtesten, zähesten und opferwilligsten Tätigkeit der wirklichen Republikaner im Zentrum bedürfen, damit der erfolgreiche Vorstoß in Kassel nicht auf dem Viertelwege stehen bleibt. Herr Dr. Wirth hat in Kassel und auch sonst öffentlich und feierlich versprochen, daß er seine ganze Kraft dieser Arbeit widmen wolle und widmen werde. Wer das Zentrum kennt, weiß, daß Herrn Dr. Wirth und seinen Freunden im Zentrum dabei die größten Hemmnisse und Schwierigkeiten bereitet werden. Hat es doch auf dem Parteitag in Kassel nicht wenige Delegierte gegeben, die sich darüber aufregten, daß das Hauptorgan der Partei, die „Germania“, auf der ersten Seite einer Sondernummer das schwarz-rot-goldene Banner präsentierte! Aber auf der diesjährigen Zentrumstagung ist zum erstenmal offen und klar das Verlangen zur Republik und zur Demokratie in der Republik ausgesprochen worden. Und wie aus den Berichten zu ersehen war, unter großem Beifall eines Teils der Delegierten.

Das ist ein Fortschritt. Wir sind überzeugt, die Reden des Herrn Dr. Wirth und einiger seiner engeren Parteifreunde werden besonders bei der Anhängerschaft des Zentrums im Reich ein Echo finden, die der Arbeiterklasse angehört.

Von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Zentrums auf dem Wege der Demokratie zur Republik wird sein, ob es gelingt, den organisierten Apparatus der Partei umzugestalten. Sollte das gelingen, dann hat sowohl der reaktionäre Flügel im Zentrum, wie die monarchistischen Gruppen in dieser Partei das Spiel verloren. Hier aber wird es ein schweres Ringen sehen, denn ein sicherlich nicht geringer Teil des katholischen Klerus wird sich gegen einen Umbau des organisierten Apparatus aufs heftigste wehren. Wie wohl in keiner anderen politischen Partei, halten im Zentrum die führenden Persönlichkeiten die Entscheidung in politischen und tatsächlichen Fragen in ihren Händen. Das erklärt sich einmal aus dem Wesen dieser Partei und auch aus den Umständen und Verhältnissen, aus denen heraus sie geboren und gewachsen ist. Seit der Umwälzung in Deutschland rumort es in immer stärkerem Maße im Zentrum gegen die Beibehaltung des veralteten Organisationsapparats, der in Klasse und Sprache zu den demokratischen Erfordernissen der jetzigen Zeit steht. Einen öffentlichen und großangelegten Vorstoß zu unternehmen, das konnte schließlich nur ein Mann wie Dr. Wirth wagen, der getragen ist von der Sympathie eines großen Teils der Zentrumsanhänger. Und er konnte wohl auch nur erfolgen, nachdem das Zusammengehen des Zentrums

Vom Münchener Dolchstoßprozeß

München, 17. Nov. (Eig. Bericht.)
Am Dienstag kam im Dolchstoßprozeß der Verteidiger der betroffenen Partei Dr. Hirschberg zu Wort. In fünf Minuten, mit zwingender Logik aufgearbeiteten Ausführungen, denen der hochgeehrte Richter Herr v. Hirschberg Stein um Stein aus dem Vorgesetzten der 'Süddeutschen Monatshefte', bis zum Schluß nur noch ein abschließendes Trümmerseld der Cobmannschen Behauptungen und der politischen Brunnenerklärung übrig war.
Im ersten Teil seiner Rede arbeitete der Verteidiger des Cobmann'schen Gräber in klarer Uebersichtlichkeit die zeitliche Abfolge heraus, die Cobmann durch den Verlauf der Beweisnahme bereits erlitten hat. Diese Niederlage besteht in einer Reihe von Einzelsatzungen, deren erste in der bekanntesten Erklärung des Kärgers am siebenten Verhandlungstage bestand, in der er im Gegensatz zu seiner früheren Haltung und den Behauptungen in den 'Süddeutschen Monatsheften' die Wehrbezugsorganisation aus der Reihe der sogenannten Dolchstoßschulden ausdrücklich ausschloß. Die zweite Katastrophe erlitt Cobmann durch die Stellungnahme des Sachverständigen Schwerdtfeger zu dieser Erklärung und durch die Tatsache, daß sämtliche Sachverständigen ausdrücklich zugestanden haben, daß die am siebenten Verhandlungstage behauptete Verbindung zwischen Sozialdemokratie und U.S.P. in den 'Süddeutschen Monatsheften' tatsächlich nicht mit der nötigen Klarheit oder gar nicht getroffen worden sei. Auch ganz allgemein wird die Erklärung des Sachverständigen über die angebliche Niederlage im Weltkrieg als unrichtig dargestellt. Die dritte Niederlage, die Cobmann durch die Verneinung der Wehrbezugsorganisation erlitten hat, besteht in der Unmöglichkeit, die Wehrbezugsorganisation als eine der wichtigsten Niederlagen der Cobmann'schen Behauptungen zu bezeichnen. Diese Niederlage besteht durch die Feststellung, daß während des Weltkrieges vom Reichsamt nur etwa 35 Personen wegen Landesverrats verurteilt wurden, und durch den weiteren experimentellen Nachweis, daß durch die Streiks während des Krieges in der Rüstungsindustrie kein deutscher Kampfkörper geschädigt und die Landesverteidigung nicht beeinträchtigt wurde. Auch die in den 'Süddeutschen Monatsheften' behauptete Wehrbezugsorganisation der U.S.P. widerspricht dieser Tatsache. Die letzte entscheidende Niederlage, die allerdings von Cobmann selbst nicht erkannt wird, besteht darin, daß in dem Prozeßverfahren auf Seiten des Kärgers nur hohe Offiziere zu Wort kamen, die die Dolchstoßtheorie zu halten verweigerten, also lauter Leute, die an der Verschlebung der Schuldfrage persönlich interessiert sind.
Den Behauptungen dieser hohen Offiziere gegenüber stellen wir folgende Formulierung des Dolchstoßbegriffes entgegen:
Die Dolchstoßtheorie ist dazu bestimmt, die Verantwortlichkeit der Führer des kaiserlichen Deutschland am Zusammenbruch vor dem Volke zu verdecken.
Durch die Sachverständigenuntersuchungen und die Zeugenaussagen ist mit absoluter Eindeutigkeit nachgewiesen, daß das deutsche Volk und das deutsche Heer nach heldenhaftem Ringen und heftigsten Leiden der Wehrmacht der Feinde an Menschen und Material in Ehren unterlegen ist.
In klassischer Form wies das der Sachverständige Dr. Hirschberg nach durch den Satz:
„Der Krieg ging für Deutschland verloren noch dem kleinsten Einmaleins: 1 und 1 ist gleich 2, gleich Entente, und 1 minus 1 ist gleich Null gleich Deutschland.“
Oberst Schwerdtfeger wies in einer wirksamen Darstellung nach, daß der Anfang der feindlichen Zermürbung des deutschen Frontheeres in der Höhe von Verdun, in der Deutschland 225 000 seiner besten Leute opferte, hat, ihren Anfang genommen hat. Weiterhin weist die Tatsache, daß die deutsche politische Leitung während des ganzen Krieges für ihren Kriegszweck nach dem Umstand einen geheimen Schlüssel verwandte, der den Engländern von Anfang an bekannt war, lauzenhaft schwerer als alle die von Cobmann vorgetragenen politischen Zermürbungstheorien. Ganz abgesehen von dem Umstand, daß die deutsche politische Führung im Krieg die während des Krieges aufgemerkten Behauptungen zu setzen, daß die Revolution das Wehrkämpfen im November 1918 die Erreichung besserer Waffenstillstandsbedingungen verbindet habe. Gewiß, weiterkämpfen hätte man können, aber dann wären die Feinde nach Ansicht der militärischen Sachverständigen noch kürzer Zeit in West und Süd auf deutschem Boden gestanden, und ob sie nach dieser Übernahme deutschen Bodens zu milderen Bedingungen bereit gewesen wären, muß doch mit Recht bezweifelt werden.
Im zweiten Teil seines Vortrags wies Dr. Hirschberg nach, daß der feindliche Kriegszustand und die stets wachsende Eritterung in Volk und Heer notwendig entstehen mußten durch drei Faktoren: Mangel, Hunger und Unzureichendheit. Diese drei Faktoren sind, nach dem deutschen Volk während des ganzen Krieges niemals die Wahrheit zu lazen wollte, so daß bei dem Auf der Obersten Wehrleitung am 23. September 1918 Sammlungen an die Obersten Wehrleitung nach dem Zusammenbruch der deutschen Fronten eintrat. Diese Zusammenkunft wurde mit einer langen Reihe von Beispielen und zeigte dabei auch die Dolchstoßtheorie und ihren embryonalen Zustand. Das war am 16. Oktober 1918, als in der Berliner Pressekonferenz von maßgebender Seite erklärt wurde, es müsse jetzt vor allem der Eindruck vermieden werden, als wäre die Friedensschlichtung von der militärischen Leitung aus. Reichsamt und Regierung hätten diesen Schritt jetzt auf sich genommen. Und am 23. Oktober 1918 wurde in der Konferenz offen erklärt, es dürfe nicht bekannt werden, daß der Friedensschritt tatsächlich von der Obersten Wehrleitung ausgegangen ist, wie man auch nicht bekanntgeben dürfe, daß die militärische Leitung mit der Zustimmung der höchsten Stellen einverstanden ist.
Der letzte Teil seines Vortrags war dem Nachweis gewidmet, daß in den beiden Dolchstoßtheorien tatsächlich eine Geschichtsfälschung vorliegt. Diese Fälschung ist zu erblicken in der Behauptung, daß die in den 'Süddeutschen Monatsheften' an vielen Stellen die Rede ist von der Sozialdemokratie, den Arbeiterführern, den sozialdemokratischen Regierungen u. m., weiterhin darin, daß in den 'Süddeutschen Monatsheften' jede Erwähnung der revolutionären Propaganda, obgleich doch der weitaus größte Teil dieser Erwähnung auf ganz natürliche Weise entfallen ist, und zuletzt darin, daß am Schluß des zweiten Dolchstoßbegriffes Cobmann selbst erklärt, die entscheidende Ursache des Zusammenbruchs sei der Dolchstoß gewesen. Die Hauptfälschung ist aber die sogenannte Einwirkung mit den 164 Soldatinnen, eine schwer infamierende, an einem Toten verübte Behauptung, die in vollem Umfang über ein besseres Wissen von Cobmann aufgestellt ist. Ebenso ungenau sind die Behauptungen Cobmanns über die U.S.P. Denn die Haltung der Unabhängigen ist zurückzuführen, erstens auf ihren besonderen Widerstand gegen die Annexionsziele der Wehrmacht und der Obersten Wehrleitung, und zum zweiten auf ihre Hoffnungen auf die Friedensbetrübungen und Friedensstimmen in den feindlichen Ländern. Auch die Marineerweiterung 1917 kann nicht der U.S.P. als Urheberin angedeutet werden, wie sich aus den Verhandlungen im Reichstag ganz klar ergeben hat. Auf das Beweisergebnis stellte Dr.

Erleichterungen für das besetzte Gebiet

Mainz, 18. Nov. Nach einem von der hiesigen Savasagenz veröffentlichten Kommuniqué der Rheinlandkommission hat diese mit Rücksicht darauf, daß das Abkommen von Locarno im besetzten Gebiet eine Atmosphäre der Entspannung und der Annäherung zeitigen soll, zu ihren Dringungen und Initiativen Erleichterungen getroffen, die mit dem Besatzvertrag, dem Rheinlandabkommen und den Bestimmungen der Besatzung im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen der alliierten Mächte im Einklang stehen. So wird u. a. folgendes bekannt gegeben:
Das System der Delegationen wird ab 1. Dezember 1925 aufgehoben. Die vorbereitende Prüfung der Suspension der Rheinlandkommission wird abgelehnt. Die Rheinlandkommission behält sich aber in Gemäßheit des Rheinlandabkommens das Recht vor, Vorläufe zu treffen, die der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit und den Bedürfnissen der Armen widerprechen. Gewisse für das besetzte Gebiet werden noch weitere Erleichterungen getroffen, insbesondere was die Ausreisepapiere für das besetzte Gebiet betrifft. Erleichterungen werden auch getroffen bezüglich der Verbrennung von Straßen für leichte Delikte. Die Strafbeschlüsse, welche die Delegationen bezüglich der Presse bisher hatten, werden abgelehnt. Die Gerichtsbemühungen werden auf die Rheinlandkommission und die kommunizierenden Generäle beschränkt. Die Verwaltungsaktionen werden nur von der Rheinlandkommission ergriffen und erst nachdem sie vor einem Gerichtsauswahlgremium in der formellen Angelegenheit angekommen sind, dem ein deutscher als Mitglied angehört. Das Recht, eine Versammlung zu verbieten, bleibt der Rheinlandkommission vorbehalten. Die Versammlung, das Plagieren anzugehen, und das Verbotrecht der Versammlungsbehörden sowie die Verpflichtungen, an den Warenpreislösen anzuhängen und gewisse andere Formalitäten werden abgelehnt. Die postalische Zensur wird abgelehnt. Gewisse politische Beschlüsse hinsichtlich der Schiffahrt werden abgelehnt.

Finanzdebatte in der französischen Kammer

Einigung über die Haltung der Vinken
Paris, 17. Nov. (Eig. Bericht.) Die Kammer hat am Dienstag nachmittag die Generaldebatte über die am Sonntag von der Finanzkommission verabschiedeten Gesetzentwürfe zur Sanierung der Finanzen begonnen. Der öffentliche Disziplin sind am Dienstag morgen zahlreiche Besprechungen zwischen den verschiedenen Gruppen des Kartells vorausgegangen, die munter zu einer vollkommenen Einigung über die Haltung der Vinken in der Debatte und damit zur Wiederherstellung der Einheitsfront geführt haben. Bekanntlich hatte die sozialistische Fraktion in der vergangenen Woche beschlossen, ihr eine ausgeprägte Kapitalanlage auf abgebauten Gegenprojekt zur Diskussion und zur Abstimmung zu stellen. Dieser Beschluß war von den bürgerlichen Gruppen als ein Versuch der in der vergangenen Woche von der Delegiertenversammlung des Kartells getroffenen Vereinbarung interpretiert worden und auf Grund der von dieser Seite erhobenen Vorstellungen hat die sozialistische Fraktion am Dienstag morgen mit 36 gegen 12 Stimmen den Beschluß der vergangenen Woche aufgehoben. Der sozialistische Gesamtentwurf, der bereits benannt ist und insofern nicht mehr zurückgezogen werden kann, wird zwar von den Rednern der Kommission in der Diskussion vertreten, aber, um jedem Wandel der Reaktion, die durch Stimmenhaltung die Regierung in die Minorität bringen könnte, einen Riegel vorzuschieben, nicht zur Abstimmung gestellt werden.
Der von dem Berichterstatter der Finanzkommission erstattete Bericht stellt den von der Regierung eingebrachten ursprünglichen Entwurf der neuen Fassung gegenüber, die die Vorlage durch die Kommissionsbeschlüsse erhalten hat. Die Generaldebatte brachte zunächst einen Antrag auf sofortige Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an die Kommission. Die Abstimmung darüber wurde jedoch bis zum Schluß der Diskussion vertagt, die voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen wird.

Aus dem Freistaat Baden

Die Preisfestsetzung in Baden
(Gas, Wasser, Elektrizität)
Wir werden von interessierter Seite, 'im Interesse der Stromkonsumenten der Elektrizitätswerke, insbesondere der kommunalen Werke' um Aufnahme nachstehender Artikel gebeten. Da die Angelegenheit uns von erheblicher Wichtigkeit für die Gestaltung der Gas- und Elektrizitätspreise zu sein scheint, kommen wir dem Wunsch um Abdruck entgegen.
Wohl keine Tageszeitung nimmt der badische Staatsbürger in die Hand, in der nicht von der Preisfestsetzung der Regierung zu lesen wäre, und wie sieht es in Wirklichkeit damit aus? - Nachfolgende Illustration gibt ein treffendes Bild dieser Maßnahmen, aus dem sich der Leser ein Urteil selbst bilden kann.
Von seiten der Regierungsorgane wurde an die Gemeinden herangetraten, um in erster Linie eine Senkung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität herbeizuführen. Diese Maßnahme ist an und für sich zu begrüßen, insbesondere, wo es sich um Preise handelt, die erheblich höher als in der Vorperiode sind, was in den weitaus meisten Fällen, wennstens bei kommunalen Werken, jedoch nicht zutrifft. Unverständlich scheint aber die Tatsache, daß von seiten des Ministeriums des Innern und der Finanzen der Erlass einer Preisverordnung verlangt ist, der die Revision der Elektrizitäts- und Gaspreise zur Pflicht macht und der nach dem vorliegenden Ent-

wurf die Kosten hierfür den Gemeinden auferlegen soll, also letzten Endes den Elektrizitätswerken und hierdurch wieder den Staatsbürgern und Steuerzahlern.

Schon vor Jahren bestand die Absicht, eine diesbezügliche Verordnung einzuführen und lediglich dem Eintreten großer Verbände, wie der Verband Deutscher Elektrotechniker und der Vereinigung der Elektrizitätswerte war es zu verdanken, daß das Land von dieser neuen, schweren, die Entwicklung hemmenden Belastung verschont blieb. Auch heute bemühen sich vorgenannte Verbände wieder, insbesondere in Preußen, daß von seiten der Regierung von einem derartigen Erlass Abstand genommen wird.

Bei uns in Baden scheint die diesbezügliche Polizeiverordnung schon ziemlich weit gediehen zu sein, und wie die letzte Besprechung der Vereinigung der Elektrizitätswerte am Mittelrhein in Baden-Baden gezeigt hat, hat man sich trotz heftiger Proteste auch in diesen Kreisen schon ziemlich mit der Tatsache einer diesbezüglichen Polizeiverordnung abgefunden. Wie ungeheuer schwer durch diese Verordnung das Wirtschaftsleben befaßt und die Entwicklung gehindert wird, läßt sich heute noch gar nicht voranschauen, und es ist bezeichnend, daß der Verband Deutscher Elektrotechniker in seiner Eingabe an das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, Abt. 3, Berlin W 9, hervorhebt, daß es eine Unmöglichkeit sei, all diese Anlagen in entsprechender Weise behördlicher Aufsicht zu unterstellen.

Wie viele Beamtenstellen werden im Laufe der Zeit hierfür geschaffen werden müssen, wo andererseits Beamtenabbau zur Parole wurde! Ganz abgesehen hieron, wird die diesbezügliche Preisfestsetzung durch die Belastung der Revisionen der elektrischen Licht- und Kraftanlagen zum guten Teil illusorisch gemacht, da doch die Kosten hierfür nur von den Besitzern dieser Anlagen aufgebracht werden müssen und hierdurch eine indirekte Verteuerung der Strompreise herbeigeführt wird.

Wie wenig die Notwendigkeit für eine derartige Polizeiverordnung besteht, geht daraus hervor, daß die führenden Verbände der Elektrotechnik in Deutschland die bisherige Ueberwachung der elektrischen Anlagen durch die Elektrizitätswerte und Ueberwachungsvereine, die noch in weiterem Ausbau begriffen sind, als vollständig genügend anerkennen und dies umsomehr, als auch die Verbesserung der Materialien erhebliche Fortschritte aufzuweisen hat und immer noch weiter aufweist.
Der Verzicht der Revisionspflicht, so läßt der Verband Deutscher Elektrotechniker, bedeutet einen Eingriff in die freie Bewegung des Einzelnen und in die Entwicklung der Kultur und des Fortschritts, wie er niemals und in keinem Lande je versucht worden ist.

Noch ist es Zeit für die Gemeinden, Elektrizitätswerte und verwandten Wirtschaftsverbände, gegen diese diesbezüglichen Maßnahmen Einspruch zu erheben, um die Wirtschaft, die von den heutigen Lasten beinahe erdrückt wird, von einer neuen, drückenden Belastung frei zu halten.

Auf der Generalversammlung des Vereins badischer Handelslehrer, die am Sonntag, 15. Nov., in Offenburg stattfand, wurde die 'Vereinigung der wissenschaftlich gebildeten nichtamtlichen Lehrkräfte an badischen Handelsschulen' im Rahmen des Gesamtvereins gegründet. Die Vereinigung bezweckt, wie die der Lehramtsreferendare und -Majoren u. a., besonders die Förderung der wirtschaftlichen und dienstlichen Interessen ihrer Mitglieder.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe.
Baden. Auf die Freitag, 20. November, abends 8 Uhr in der 'Krone' stattfindende Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Trinks über das Thema: 'Rückblick auf die Landtagswahlen', sei ganz besonders aufmerksam gemacht. Bei dem allgemeinen Interesse, das dieses Thema findet, wird erwartet, daß sämtliche Mitglieder vertreten sind.
Grünmettersbach, Samstag, 21. November, abends 8 Uhr, findet in der 'Sonne' eine Mitgliederversammlung statt, in der Stadt Gen. Dornier-Durlach sprechen wird über das Thema: 'Die Lehre der letzten Landtagswahl'. Die Mitglieder werden aufgefordert, vollständig zu erscheinen.

Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden
Gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit
Die im ganzen ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat auch in der Reichsstatistik (6.-11. November) angehalten. Namen am 1. November auf insgesamt 27 000 Stellengehende 1692 gemeldete offene Stellen, so beliefen sich die entsprechenden Zahlen am 11. November auf 29 146 und 1468. Der Beschäftigungsstand ist also erheblich gesunken. Entsprechend erhöht sich die Zahl der offenen Stellen auf der anderen Seite der Erwerbslosenregister. Am 11. November wurden bereits 13 648 Hauptunterstützungsbekämpfer gezählt gegenüber 11 961 vom 5. November.
Die Entwicklung des Arbeitsmarktes der Metall- und Maschinenindustrie geht im allgemeinen in derselben rückläufigen Richtung wie in der Vorwoche. Wertschöpfung und Entlassungen verschiedenes großen Umfangs wirken sich in ihrer Gesamtheit beträchtlich aus. Eine Eisengießerei und Maschinenfabrik konnte allerdings wieder 100 Mann einstellen, aber zunächst nur auf Kurzarbeit. In der Uhrenindustrie hat sich der Geschäftsgang nicht unerheblich weiter verschlechtert. In einer Fabrik arbeiten über 180, in einer anderen 300 Kräfte mit Verkürzung. Kurzarbeit geringeren Umfangs wurde von verschiedenen anderen Firmen gemeldet, es mußte auch auf Entlassungen geschritten werden. Der Auftragsmangel in der Wörzheimer Schmuckwarenindustrie hat angehalten.

Im Spinnstoffgewerbe war die Baumwollindustrie weiterhin auf beschäftigt, in der Seilfabrikation wurde öftlich zu Wertschöpfung und Schiffsbauindustrie anhaltend. Die Raffinerieindustrie kam es zu Entlassungen in einer geringeren Umfangs. Die unglückliche, in der Hausfabrik aber schlecht beschäftigte Tabakindustrie zeigte im ganzen keine Veränderung. Der Arbeitsmarkt des Bekleidungsgebietes blieb ruhig. Aus der Hutindustrie wurden kleinere Betriebsengpässe gemeldet. Im Friseurgewerbe hingegen blieb die sehr lebhaft Nachfrage nach Personal auf der bisherigen Höhe. Im Baugewerbe ging sie ganz erheblich zurück. Nach Fertigstellung von Rohbauten nahm vor allem die Zahl der stellensuchenden Hilfsarbeiter zu, aber auch das Angebot an Facharbeitern hat merklich zugenommen.

Aus der Stadt Durlach

Durch den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Durlach müssen die Vieh- und Schweinemärkte dajelbst bis auf weiteres ausfallen.

Von den Wirtschaftskämpfen

Ausperrung in der Wurstfabrik C. Beecher, Greifenhagen

Als Antwort auf das Verlangen des Zentralverbandes der Fleischer beim der Belegschaft der Firma hat die Firma am Samstag alle Fleischerstellen ausgesperrt.

Betriebsstilllegung

Wetzheim, 18. Nov. Die mit einem Aktienkapital von 250 000 Reichsmark arbeitende Mainmühlwerke u. G. in Wetzheim hat ihren sämtlichen Arbeitern und Angestellten zum 1. Januar 1926 gekündigt.

Sau's Buchhausbuch

"Soziale, das Buch" (Eine Aufschrift auf der Steintafel des Buchhauses.) - Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken.

Tedenbachs Buchhausbuch war flammender Protest eines empfindlichen Politikers. Sau's Buch ist sachliche Kritik eines fühlenden Wissenschaftlers.

Das Buch hat ebenfalls auch Sau nicht aufgedeckt. Ganz aus der Reihe ist auch er nicht herausgetreten. Sein Innerstes stellt er nicht bloß; er blickt es vor den neugierigen Blicken seiner Mitmenschen.

Das zweite Problem wäre wirkliches Menschentum im Gefängnis. Was es bedeutet, erkannte Sau im Arzte und im Geistlichen.

Kleine badische Chronik

Gefangen bei Donaueschingen. Das Aufbewahren von Sprengkörpern hat hier zu einem schweren Unglücksfall geführt.

Diensthöfen. Der Mitinhaber eines Steinbruchs Herr Wilhelm Lepold von hier wollte eine große Sprengung vornehmen.

Krankenhaus nach Mähren, wo es sich herausstellte, daß ihm ein Teil des Ladebodes von etwa 4 Zentimeter Durchmesser in den Oberflächen gedrungen war.

Waldsput. Am Samstagabend geriet der Rangierer Alfred Schmidt beim Wagenabstellen auf dem hiesigen Bahnhof zwischen die Räder zweier Wagen und erlitt sehr erhebliche Schulterverletzungen und innere Verletzungen.

Uberschwemmung. In der Nacht zum Sonntag verschwand die Bäuerin Antonia Klotz nur mit dem Hund bekleidet aus ihrer Wohnung.

Furtwangen. Am vergangenen Freitag hat sich auf dem niedrigen Friedhof am Grabe seiner Schwester der verheiratete 53jährige Kaufmann Erik Weber erschossen.

Konstanz. Montag nachmittag hat sich ein Soldat des hiesigen Bataillons erschossen. Finanzielle Schwierigkeiten sollen die Ursache der Urache sein.

Kleinlautensberg. Auf dem hiesigen Personenbahnhof wurde ein Reisender den Eiszug Inzermingen-Pöfel bei der Fahrt von der Zug abgeholt.

Die Staatl. Landwirtschaftsschule Außenberg hat am Mittwoch, 4. d. M. den Unterricht im 1. Kurs und am Montag, 16. Nov., im 2. Kurs eröffnet.

Zugensünde des Frankfurter Rundfunkers. Der Frankfurter Rundfunk hat seit Anfang Oktober eine neue Einrichtung ins Leben treten lassen.

Karl Hau und die badische Justiz

Zum Fall Hau teilt die "B. Z. am Mittag" folgendes mit: Als Karl Hau im vorigen Jahr entlassen wurde, setzte er sich alsbald nieder und schrieb sein Schicksal und seine Erlebnisse auf.

Markt und Handel

Konkurs. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Hermann Stiegele in Rastatt-Niederbühl wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Kandern. Holzverkäuferei. Vom hiesigen Forstamt wurden am letzten Freitag Holzholzlöcher u. m. m. sowie auch Brennholz versteigert.

Vorzugsaktien und 10 Prozent auf die Stammaktien zur Auslösung gelangen, während die verbleibenden 63 881 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Bermischtes

Ueberführung der Leiche v. Richtigshofens

Rehl, 18. Nov. Der Wagen mit der Leiche des Frhr. v. Richtigshofen ist heute morgen gegen 17 Uhr mit dem fahrbahnmäßigen Zuge von Rehl abgegangen.

Appenweier, 18. Nov. Der Wagen mit dem Sarge Richtigshofens ist heute vormittag mit dem fahrbahnmäßigen Schnellzug in Richtung Karlsruhe weiter befördert worden.

Heidelberg, 18. Nov. Um 10 Uhr traf der Schneefuß, dem der Wagen mit der Leiche Richtigshofens angehängt war, von Karlsruhe kommend hier ein.

Rehl, 19. Nov. Gestern Abend ist die Leiche des Mitleiters v. Richtigshofen in Rehl eingetroffen.

Blutige Schlägerei in einer politischen Versammlung. Wie die Blätter melden, kam es in einer von der Nation nationalsozialistischen Arbeiterpartei nach dem Chemnitzer Ballhaus, Märzempfaß, einberufenen Versammlung zwischen

Der Prozeß gegen die Frau-Gräfin Köstner. Berlin, 18. Nov. Nachdem nun einmal die Beweisannahme eröffnet war, erteilte Landgerichtsdirektor Köstner dem ersten Staatsanwalt Gerhard den Vorstoß.

Durch Mauererkürzung drei Arbeiter getötet. Rom, 18. Nov. In Aquila in den Abruzzen ist in einer Kunststeinfabrik eine hohe Zementmauer einstürzt, wodurch drei Arbeiter getötet und vier verwundet wurden.

Ein Marine-Wasserflugzeug abgestürzt. Paris, 18. Nov. Wie das Marineministerium mitteilt, ist bei den Übungen des Mittelmeerfliegerkommandos ein Marineflugzeug in Brand geraten und ins Meer abgestürzt.

Ein Bombenattentat in Florina. Paris, 18. Nov. Wie es Saloniki berichtet wird, sollen in Florina vorgestern Unbekannte in einem Kampfe eine Bombe geworfen haben.

Abreise der deutschen Gewerkschafter. London, 18. Nov. Bei der Abreise der deutschen Gewerkschafter, die heute früh erfolgte, erklärte Reichsaussenminister Schulenburg, der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die Verlängerung der Amalienstraße

I.

Schon längere Zeit wird die Verlängerung der Amalienstraße durch den Palastgarten und den Nymphengarten und die Verbindung am Südbau der Lammstraße mit der Kriessstraße geplant.

In einer schon herausgegebenen interessanten Schrift, die auch Pläne und Ansichten über den neu zu erbauenden Straßenteil enthält, nimmt Herr Bürgermeister Schneider in den Einzelheiten des Projekts Stellung. Wir entnehmen der Schrift folgendes:

Die Amalienstraße findet sich erstmals auf Stadtplänen verzeichnet, deren Entstehung auf die Jahre 1806 und 1814 zurückgeführt. Sie ist auf diesen frühesten Plänen bis zur Kriessstraße durchgezogen; erst auf einem Plan aus dem Jahre 1822 ändert sie, wie heute, schon an der Kriessstraße. Ihre Verlängerung auf die Kriessstraße war ein „höherer Finanzratsbeschluss“ vom Jahre 1807. Der Plan der Anlage einer Diagonalstraße vom Mühlenbühl zum Schloss im Jahre 1801, als nach dem Tode von Wilhelm Jeremias Müller im Jahre 1801 Friedrich Weinbrenner zum Baudirektor ernannt worden war, und das Baumaß im Oktober 1802 über seine Stadterweiterungspläne Bericht erstattete. Unter diesen Plänen spielte die Amalienstraße eine besondere Rolle. Die Amalienstraße war die Hauptstraße dieser Vorstadt; sie wurde im Jahre 1809 dem Verkehr übergeben. Weiterhin macht dazu folgende kritische Bemerkung: „Hätte man die Amalienstraße und die parallel zu ihr geplante Straße bis zur Kriessstraße durchgezogen, so würde das Südende der Stadt, das damals wenig begründet war, nach Anlage des Straßenverkehrs sehr vorteilhaft geworden sein, indem es Verkehrswege gelteert hätte, wie es anlässlich der Erdbebenkatastrophe 1815“ Ausführlicher verbreitet sich Badenreiter (Friedrich Weinbrenner, Seite 115) über denselben Gedanken: „Die Amalienstraße als Verbindung der Lammstraße mit dem Schloss, den Stefanien- und die Amalienstraße, waren zusammen mit der Kriessstraße als Hauptverkehrsader gedacht. Die Amalienstraße der 1809 eröffneten Amalienstraße durch den Palastgarten und den Nymphengarten unterbrochen. Die Verbindung des Schlosses und Mühlenbühl wäre eine Nachbesserung von höchster Bedeutung wie die Erdbebenkatastrophe gemindert. Diese Hauptstraßen bilden mit den Straßen der Stadt, der Schloss- und der Lammstraße, das Gerüst der Stadtanlage. Leider jedoch nicht in ihrem ganzen Umfange. So verliert sich im östlichen Stadtteil die zur Kriessstraße symmetrisch gelegene Markgrafenstraße (früher Gräbenstraße) in den unregelmäßig gebauten Dörfern, ebenso die Amalienstraße entsprechende Diagonale, die durch den Kriesspark führt. Wären diese Diagonalen durchgeführt worden, so würde das, was sie ihrer ursprünglichen Anlage nach sind — die Amalienstraße als Verbindung des Mühlenbühl zum Schloss, die Markgrafenstraße als eine der Nord-Süd-Verbindungen und die Durchgangsstraße als Verbindung des Schlosses und des Mühlenbühl zum Schloss —, wir hätten ein Stadtbild vor uns, das in seinem Aufbau nicht einseitiger und vollständiger gedacht werden kann. Vielleicht sind eine spätere Zeit die Durchführung dieser diagonalen Hauptstraßen mit einem Durchbruch nach das Dörflein zur Aufgabe.“

II.

Diese Bebauungen sind durchaus anstrebend und für den heutigen Städtebau beinahe eine Selbstverständlichkeit. Die Amalienstraße ist ein gewisses Element der Stadtentwicklung, das in der Amalienstraße mit der fortgeführten Stadtbildung eine einmal bis zur Kriessstraße durchzuführen werden würde. Eine derartige Maßnahme konnte ihm, der eine Kirche und eine Schule niederlegte, am den Karlsruher Platz im Jahre 1809 in den letzten Jahrzehnten in Karlsruhe auch nur angedacht. So selbstbewusst Städtebau treiben können wie unter Weinbrenner, so würde die Frage der Durchführung der Amalienstraße wahrscheinlich längst der Vergangenheit angehören.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 19. November

Geschichtskalender

19. Nov. 1858 Robert Owen, utopistischer Kommunist, in London. — 1869 Eröffnung des Sueskanals. — 1871 Gründung des „Berliner Arbeiterbundes“.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Heute abend Frauenversammlung!

Alle Parteigenossinnen werden hiermit nochmals auf die heute abend 8 Uhr in der „Gambirushalle“ stattfindende Parteiversammlung mit Vortrag der Genossin Kraft aufmerksam gemacht. Ein zahlreiches Erscheinen wird er-

verleitet. Die durch den Eingriff verursachte Wunde war groß und tief; sie ist — eine Folge des Krieges und der Nachkriegszeit — auch heute noch nicht geschlossen und zehrt am Leben der Stadt. Zum Glück ist es nun aber in letzter Zeit doch gelungen, Maßnahmen großen Stils wenigstens einzuleiten, aus denen neues, blühendes Leben an der Stelle der alten Wunde erhofft werden darf. Die von Oberbaurat Professor Dr. Billing vorgeschlagene Lösung der sogenannten Ertlinger-Torfrage ist nach übereinstimmendem Urteil der Fachleute eine äußerst glückliche und wird von der ganzen Karlsruher Bevölkerung aufs freudigste begrüßt. Die Durchführung der Billingschen Pläne, die raschmöglichst Bebauung eines Gebietes von der Bedeutung des Ertlinger Tors nach künstlerisch und wirtschaftlich hohen Gesichtspunkten, mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben, ist jedoch ganz unmöglich, wenn es nicht gelingt, auch den Teil der vorgeschlagenen Billingschen Pläne, der die klare und innige Verbindung des neuen Stadtgebietes mit der übrigen Stadt zu einem einzigen gesunden und klaren Organismus zum Ziele hat: Die Verbindung der Amalienstraße mit der Kriessstraße, der neue schlaue Verkehrswege Mühlenbühl-Tor-Ertlinger Tor-Durlacher Tor, ist eine der unabwendlichen Voraussetzungen für eine gesunde und lebensfähige Baueentwicklung am Ertlinger Tor.

Gleichfalls nahe dem Herzen der Stadt, inmitten des von Karl-Friedrichstraße, Kaiserstraße, Kapellenstraße und Kriessstraße eingeschlossenen Wohngebietes, im sogenannten Dörflein, liegen sich Krankenheilanstalten, deren verbessernde Wirkung weit über dieses Gebiet hinaus im ganzen Stadtbereich schmerzhaft empfunden wird. Die „Sanierung der Altstadt“ ist eine der großen Aufgaben der nächsten Zeit.

Kaiserstraße, Ertlinger Tor, Dörflein. Drei Namen, mit deren Namen der Schicksal der Stadt aufs engste verknüpft ist, drei Stadtgebiete, deren jedes in seiner eigenen Entwicklung durch die Frage der Fortführung der Amalienstraße durch den Nymphengarten wesentlich berührt wird. Gewisse ideale Werte des Nymphengartens werden zum Opfer gebracht werden müssen. Tatsächlich sind diese Opfer nur sehr klein, wenn von solchen überhaupt die Rede sein kann.

III.

Es ist in diesem Zusammenhang zunächst festzustellen, daß das Erbbauwesen nicht nur in seiner Weise gefördert wird, im Gegenteil, dieses Kleinod Weinbrennerscher Baukunst erhält durch den Radikalplan überhaupt erst die feiner Bedeutung entsprechende Stellung innerhalb des durch Palastgarten und Nymphengarten gebildeten Parkgebietes.

Das neue Straßennetz führt südlich am Erbbauengelände und nördlich der Nymphengarten vorbei und mündet hart am Südbau der Lammstraße in die Kriessstraße. Die ganze Straße ist so geformt, daß die Bäume der Palast- oder des Nymphengartens von größerer Bedeutung überhaupt nicht entfernt zu werden brauchen; die in die Gebeweisflächen fallenden Räume bleiben ohnehin stehen. Die Fahrbahn wird mit festem, schalldämmendem und stauchtem Belag versehen. Der südlich der neuen Straße liegende Teil des Gartens mit der Nymphengruppe bleibt in seiner bisherigen naturräumlichen Form erhalten, der auf der anderen Seite anschließende, vom Schloßhöfen beherbergte Teil wird zweckmäßigerweise nach architektonischen Gesichtspunkten, auf die Achse des Schloßhöfens orientiert, umgestaltet, das nördliche Drittel aber, genau wie das südliche mit der Nymphengruppe, in der bisherigen Gestalt beibehalten und weiter ausgebaut. Die beherrschende Stellung des Erbbauengeländes wird durch Dehnung der Sicht auf seine Westfront und durch Fortführung der Gartenanlage in den Palastgarten hinein noch stark erhöht. Wenn darüber hinaus noch die jetzige Bebauungsmauer des Nymphengartens an der Mitterstraße durch eine lockere, den freien Einblick in den Garten öffnende Einfriedigung ersetzt und nach Schaffung geeigneter Wegeverbindungen mit dem Palastgarten auch dieser dem öffentlichen Verkehr übergeben würde, so wäre das Gesamtergebnis ganz sicher nicht nur kein Verlust für das Erbbauwesen, sondern ein recht erheblicher Gewinn. Die ganze, für ihre Lage in der Stadtmitte recht große Parkanlage mit dem Schloßhöfen als Mittelpunkt müßte eine starke Anziehungskraft ausüben und könnte auch für kleine gesellschaftliche Anlässe einen reizvollen Rahmen abgeben; selbst ein Naturtheater in der bis jetzt kaum genutzten Nordwestecke des Nymphengartens wäre dem Ganzen unschwer einzuordnen.

IV.

Doch selbst angenommen, es sei das Projekt ohne die gleichzeitige Einbuße idealer Werte nicht durchzuführen, so ist demgegenüber — bei aller so selbstverständlichen Anerkennung der ungeheuren Bedeutung der Grünanlagen gerade für Karlsruhe — doch immer wieder daran zu denken, daß es sich hier um Lebensnotwendigkeiten in der nächsten Handlung handelt, die nun einmal ein lebendiger Körper ist und seine Verkehrswege den Nervensträngen, den Blutbahnen und dem Knochengewebe der organischen Wesen vergleichbar sind. Gleich wie an abgenutzten Lebensadern ein bestimmter Aufbruch dieser Organe Lebensbedingung ist, so gehört auch zum Leben einer jeden Stadt ein ihr eigenes, lebensfähiges und wohlgeordnetes Straßennetz. Mängel und Willkür in dessen Anlage stören dieses Leben und verhindern eine gesunde Entwicklung.

Die Kosten der neuen Straße einschließlich eines Belags mit Stampfstein sind zu 70000 M veranschlagt. Dieser Betrag ist, wenn man an der Bedeutung des Projekts, außerordentlich klein. Es gibt in der Tat zur Zeit in Karlsruhe keine Bauaufgabe, deren Durchführung verhältnismäßig so kleine Mittel erfordert und gleichzeitig so große Wirkungen verspricht und deshalb von allen Instanzen mit festem Nachdruck gefördert zu werden verdient, wie der Plan der Verlängerung der Amalienstraße durch den Nymphengarten.

Sozialdemokratische Bürgerauschubfraktion. Am Freitag, 20. Nov. nachmittags von 5-5 1/2 Uhr findet im kleinen Rathsaussaal nach § 33 der badischen Gemeindeordnung die Wahl eines Ergänzungsmannes für den auscheidenden Herrn Stadtrat Höchster statt. Wahlberechtigt hierzu sind nur die Stadtverordneten. Einer Vereinbarung der Parteien vom 22. Nov. 1922 zufolge steht der Deutschen Volkspartei das Recht zu, den Ergänzungsmann zu stellen. Würdigem ersuche ich die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. G. Schweddi, Vor.

Bezirksversammlungen der S. P. D.

Bezirk Weststadt. Es war ein interessanter Abend, den die Bezirksleitung der Weststadt den leider nicht sehr zahlreich erschienenen Genossen und Genossinnen bereitete. Zwei Genossen, die bei der Marine dienten und alle die Kampfbilder der früheren kaiserlichen Marine mitgemacht haben, berichteten über die Ursachen und Entstehung der revolutionären Bewegung der Marine, die die Vorläuferin

der allgemeinen revolutionären Erhebung in Deutschland war. Genosse Schred schilderte in anschaulicher Weise die Krieger-Katzenbewegung in den ersten Novembertagen des Jahres 1918. Der Redner konnte aus seinen eigenen Erlebnissen dieses mitteln, was bisher in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt war. In wertvoller Weise ergänzte Gen. Gay die Darlegungen des Genossen Schred, indem er eine Reihe von Einzelheiten aus der ersten Katzenbewegung im August 1917 in Wilhelmshaven mitteilte, zu deren Teilnehmer er ebenfalls zählte. Bemerkenswert war bei den Darlegungen beider Genossen, daß sie betätigten, daß auch die Mannschaft ständig das Gefühl hatte, als ob die Engländer über alle Pläne und Absichten der deutschen Marineleitung unterrichtet gewesen seien, denn allen Angriffen beugten die Gegner vor. Es wurde damals schon viel von Verrat gesprochen. Die Mittelmannen, daß die Engländer die Geheimnisse des Nachrichtenbüros der Marine kannten, wurden dadurch bestätigt. Die Genossinnen und Genossen dankten mit herzlichem Beifall für die lehrreichen und aufschlußreichen Schilderungen der beiden Genossen. — Zum Schluß wurden noch aktuelle politische Tagesfragen behandelt, wobei natürlich die badische Landespolitik im Mittelpunkt der Erörterungen stand. Es war gegen Mitternacht, als der Vorsitzende, Gen. Kraus, die anregend verlaufene Versammlung schließen konnte.

Bezirk Südstadt. Die gestrige Bezirksparteierversammlung der Südstadt hatte einen sehr frischen Besuch aufzuweisen, indem das Verammlungslokal der „Gilde“ bis auf den letzten Platz besetzt war. Das Hauptreferat des Abends hielt Gen. Prof. Wilhelm, ein gern gesehener Redner in der Südstadt. Er sprach über das Thema „Aus der Absolutismus zur Absolutismus“, über das der Redner im gleichen Lokal schon einmal referierte. Während er damals mehr über den Absolutismus in Frankreich sprach, behandelte er gestern die deutschen Verhältnisse in der Zeit des 17. und 18. Jahrhunderts, wobei er besonders die Höhe der Herberge von Württemberg und August des Starken in den Bereich seiner Betrachtungen zog. Der Redner ließ Bilder über die damaligen Zustände an unserm geistigen Auge vorüberziehen, die man heute nicht mehr begreifen kann. Wir leben heute nicht mehr in einem Königtum, aber damals lebte eine Oberschicht, bestehend aus etwa 150 Fürsten und dem Adel vollkommen außerhalb des Gesetzes. Sie trieben durchweg ein Lasterleben, dessen heute nur die moralisch verkommensten Subjekte und Luderlinge fähig wären. Diese Herrschaft des „Gottesgnadentums“ währte verhältnismäßig lange, da es die damals herrschende Oberschicht des Adels und der Gelehrten verstand, auf dem Wege über Schule und Kirche dem bürgerlichen Hofe die Ideologie der herrschenden Schicht aufzutragen, genau wie heute noch die bürokratische Ideologie das Denken des Arbeiters zu beeinflussen sucht, magener sich der Arbeiter mit Klassenstolz, um frei zu sein, zu wehren hat. Der mit viel Sachkenntnis und Humor gehaltenen Vortrag löste lebhaften Beifall aus. In der Debatte sprach Genossin Willgramm.

Im Anschluß hieran wandte sich der Vorsitzende, Genosse Stadtrat Schwardt mit scharfen Worten gegen das kommunisische Abflugblatt der Kommunisten anlässlich des Hindenburgempfanges. Wie man unter der Hand hörte, hat der Kommunistenrat die im Flugblatt verbreitete Äußerung, daß das Reichsbanner beim Empfang Spalter gestanden sei, zurückgenommen, nicht aber die Vorwürfe gegen die sozialdemokratische Partei. Demgegenüber sei zu erklären, daß im Stadtrat lediglich über das Programm der Einzugsfeierlichkeit abbestimmt worden sei. Es wurde einstimmig angenommen. (Kommunist Vauer hat demnach auch zugestimmt. Die Red.) Die sozialdemokratische Fraktion habe sich jedoch abgehalten, am Empfang teilzunehmen. Deshalb sei gegen die Behauptungen der kommunistischen Vagabunden, die Sozialdemokraten seien auch „mit dabei gewesen“, scharfe Erwähnung einzulegen. Hierauf schloß der Vorsitzende um 10 Uhr die aufverlaufene Versammlung.

Unterhaltungsabend des Vereins Karlsruher Presse. Der Verein Karlsruher Presse veranstaltet am kommenden Samstag, den 21. November, 8.30 Uhr abends, in den Räumen des Schloßhotels wieder einen seiner Unterhaltungsabende mit Tanz und Vorführungen. Der Vorstand macht darauf aufmerksam, daß Gäste nur durch Mitglieder des Vereins eingelassen werden können.

Gefangenen „Badenia“. Es sei nochmals auf das am Samstag, 21. November, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle stattfindende Konzert aufmerksam gemacht. Der Chor wird zum erstenmal unter der neuen Leitung des Herrn Chormeisters Dr. Weisler, ab 8 1/2 auftreten. Nach Schluß des Programms Festball. Die Ballmusik stellt die Harmoniekapelle

Backe mit „Backin“

„Dann bist du sicher! Das ist der erste und beste Rat erfahrener Hausfrauen, die auf ihr Backen stolz sind. Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ hat sich seit über 30 Jahren in Millionen von Haushaltungen glänzend bewährt. Der Verbrauch ist von diesem Zeitpunkt an ständig gestiegen und steigt auch heute noch. Einen besseren Zuverlässigkeitsbeweis gibt es nicht. Versuchen Sie bitte:

Käsekuchen

Zutaten:	
Teig: 65 g Butter	Belag: 1 1/2 Pfd. Quark
60 g Zucker	200 g Zucker
150 g Weizenmehl	1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
1 Ei	2 Eier, d. Weiße z. Schneegeschlagen
2 Teelöffel v. Dr. Oetker's Backpulver „Backin“	75 g Dr. Oetker's Gustin
	150 g Korinthen
	Etwas sauren Rahm

Zubereitung: Zuerst bereitet man den Mürbeteig. Ei und Zucker werden mit einem Teil des mit dem Backin gemischten Mehles verrührt. Dann arbeitet man die kaltgesetzte und in Stücken verpackte Butter mit dem Rest des Mehles unter die Masse und fügt nötigenfalls so viel Mehl hinzu, daß sich der Teig ausrollen läßt. Mit dem fertigen Teig belegt man den Boden einer Springform. Den Quark hat man währenddessen auf einem Sieb ablaufen lassen, treibt ihn durch ein feines Sieb und verrührt ihn sorgfältig mit etwas saurem Rahm zu einer glatten Masse. Dann gibt man nach und nach Zucker, Vanillinzucker, Eidotter, Gustin und Korinthen hinzu und verrührt nochmals gut. Zuletzt hebt man vorsichtig den Eiweißschnee unter die steife Quarkmasse, streicht diese auf den Teig und backt den Kuchen bei guter Mittelhitze ca. 30 Minuten.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Aus dem Colorado der Bahnmeisterei 2. u. 3. Kotte Wie mit Menschenleben gespielt wird

Es geht uns darüber folgender Klagefahre zu: Es ist den Lesern des „Volksfreund“ gewiß noch in Erinnerung, daß erst vor kurzem bei dieser Kotte zwei Menschen ums Leben gekommen sind. Nun sollte man meinen, daß auch vom Vorzeleuten alles getan wird, um nach menschlichem Ermessen Unglücksfälle zu verhüten. Aber beim Kottenführer Galmes aus Friedrichstal scheint alles vergessen zu sein, wie folgender Fall beweist:

Am Montag, 26. Okt., vormittags erlaubte sich der Herr Galmes das Unlaubliche, indem er auf Gleis 22 der Gruppe C zwischen den Wagen Arbeiten verrichtete, was nach den Vorschriften streng verboten ist. Zur gleichen Zeit fand der Abzug vom Rücken 3. statt, und wie leicht wäre es möglich gewesen, daß es beim Anhalten der dort einlaufenden Wagen dem Kottenführer Galmes wegschlagen hätte, dann wäre ein größeres Unheil unvermeidlich gewesen. Wenn ein Mensch wie Kottenführer Galmes mit dem Leben anderer Menschen spielt, muß man ihm jede Befähigung als Kottenführer absprechen. Für die dort beschäftigten Arbeiter wäre es auch zweckmäßig, sich reißlos zu organisieren, damit diesem Treiben ein Halt geboten wird. Und was sagt die Kbd. zu dem Treiben des Kottenführers Galmes? Bekommt er vielleicht noch eine Bräute dafür?

Bad. Landestheater Karlsruhe. Mit sofortiger Wirkung wurde an der Kasse des Landestheaters für die Tagesvorstellung ein durchgehender Verkauf von Vertikals vormittags 9.30 Uhr bis eine Stunde vor Beginn der Vorstellung eingerichtet. Es wurde ferner die Anordnung getroffen, daß die Verkaufsstellen in der Stadt, auch im Vorverkauf, bei Erschöpfung ihres Bestandes und für andere, nicht gerade vorrätige Karten die Bestellung bei der Vorverkaufsstelle des Landestheaters übernehmen. Die hierüber ausgestellten Ausweise berechnen zur Benützung des Platzes ohne Umtausch an der Theaterkasse. Auf demselben Weg können beim Fortier der Hotels und größeren Gasthöfe Karten für die Tagesvorstellung bestellt werden. Ferner wurde das Jahresabonnement auf Balkonfreudenloge, die 1. Rang-Mittelloge und die Parterre-Freudenloge ausgedehnt. Die Plätze für den kommenden Winter sind für ein ganzes Spieljahr zu 30 Vorstellungen, sondern auch für die noch offenstehenden Bruchteile eines Spieljahres gelöst worden.

(2) Zur Ueberführung der Leiche des Kampffliegers Freiherrn von Rüdthofen. Auf dem Bahnsteig 5 des Karlsruher Hauptbahnhofes harrte gestern vormittag eine nach Dunderden zählende Trauergemeinde des Eintreffens des Juges mit der Leiche des deutschen Fliegerhelden Freiherrn von Rüdthofen. Kurz vor 9 Uhr fuhr der fahrplanmäßige Schnellzug unter den Klängen eines Choral in die Bahnhofshalle ein und die umflorten Bahnen senten sich ehrfürchtig vor dem Toten. Zu dem Berg von Kränzen, die den Sarg bereits bedeckten, gesellten sich hier noch einige weitere von Vereinen und Korporationen. Für die Stadt Karlsruhe legte Stadtrechnungsrat Dr. Hermann einen prächtigen Lorbeerzweig mit Widmungsblättern in den badischen Farben nieder und Oberbürgermeister Bauer namens des Volksbundes für Kriegsverwundete sprach nach einem Aufenhalte von nur wenigen Minuten wieder der Zug wieder die Halle. Die Harmonikabteilung spielte die Weise „Ich hatt einen Kameraden!“ Von Appenweier ab durch das ganze badische Gebiet gaben dem Zuge Flugzeuge das Ehrengeleit.

Karlsruher Polizeibericht vom 19. November

Unfall. In einem Sägewerk im Rheinbaben stieß ein Tagelöhner vom Stadteil Darzanden die Axt aus und spaltete ihm die linke Zehe. Der Verletzte wurde mittelst Krankenautos in das städt. Krankenhaus verbracht.

Verkehrsunfall. Ein 5 Jahre alter Knabe wurde gestern nachmittags auf der Durmersheimerstraße von einem unbekanntem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen, wobei das Kind einige Wunden am Kopf und Hautabschürfungen an der Hüfte davontrug.

Geftangenommen wurden: Ein lediger 20 Jahre alter Tagelöhner von Darzanden wegen Unterschlagung, ein lediger 21 Jahre alter Blechler von Friedrichstal und ein 20 Jahre alter Schlosser von Eberbach, beide wegen Diebstahls, ein verheirateter 48 Jahre alter Kaufmann von Jungingen wegen Verdachts des Betrugs, ein lediger 32 Jahre alter Kaufmann von hier, eine 61 Jahre alte Frau, frühere Sebamme von Unterschlagung und eine 19 Jahre alte Kassiererin von Saufenheim, alle wegen Unterschlagung und Beihilfe dazu, ferner 14 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, 20. Nov.: Wechselnd bewölkt, Nachtfrost, rauhe Nordostwinde.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Die Räuber“, 7—11 Uhr.
Städt. Festhalle: abends 8 Uhr 2. Schweizer Konzert-Aufführung von Ottomar Schoed: Elegie.
Städt. Konzerthaus: Bad. Vokalquartett: Filmvortrag 3. R. 3, abends 8 Uhr.
Palast-Theater: Kries im Frieden. Tip und Top auf Abwegen. Ufa-Wochenschau Nr. 9.
Kesseldens-Theater: Die Gräfin Marisa.
Colosseum: Täglich abends 8 Uhr die Sensation Ebengali und Miss Terro sowie das Variete-Programm.

Gewerkschaftliches

Landesvertretertag des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes

In Offenburg fand am vergangenen Sonntag der diesjährige Vertretertag vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Landesauschuss Baden statt, der von Vertretern sämtlicher Ortsauschüsse außerordentlich zahlreich besetzt, einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Die Tagesordnung, die neben der Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts, wie der vorzunehmenden Vorstandswahl, auch ein Referat unseres ersten Vorsitzenden vom Bundesvorstand, Koll. Falkenberg-Berlin, über Beamtenrechts-, Gehalts- und Organisationsfragen und die Stellungnahme des ADB. hierzu, enthielt, fand eine glatte und reibungslose Abwicklung. Hatte schon die am Vormittag im überfüllten Unioncafe stattgefundene große öffentliche Beamtenversammlung, in welcher gleichfalls der Bundesvorsitzende Falkenberg in gerader glänzender Weise die Lage des Beamten in Staat und Wirtschaft behandelte, brausen Beifall und Zustimmung erzeugt, so standen die am

Nachmittag in der Vertreterversammlung gemachten Ausführungen auf mindestens derselben Höhe. Den Ursachen über den Niedergang der gesamten deutschen Beamtenbewegung wurde gründlich nachgegangen und es kann der Beamtenbewegung, namentlich den unteren und mittleren Befehlsstufen der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie an ihrer verwerflichsten Lage zum größten Teile sich die Schuld selbst zuschreiben hat. Solange der Beamte sich nicht als Arbeitnehmer fühlen will, solange wird er auch sein Schicksal nicht meistern können. Und wer als Beamter sich nicht in eine Schicksalsgemeinschaft mit den Arbeitern und Angestellten begeben will, der hat mit Schuld an dem Untergang der ganzen proletarischen Beamtenbewegung nicht gefunden hat. Heute weiß man, wer der eigentliche und wirkliche Feind des Berufsbeamtentums ist, man braucht nur die von nationalem und internationalem Kapital geleitete Deutsche Reichsbahn, Aktiengesellschaft, und ihre personalpolitischen Maßnahmen etwas näher ansehen. War der Beamte früher schon eine Nummer im Betrieb, so ist er heute immer noch. Das Beamtenentkommen, namentlich das der unteren und mittleren Gruppen, das heute so tief unter dem Lebensniveau und weit unter dem Existenzminimum sich befindet, geht schicksalsgleich mit dem Lohnniveau der gesamten übrigen Arbeitnehmererschaft. Dafür sorgt das Großkapital, das heute noch so alledem, Dank der politischen Unreife weiter Beamtenkreise, auch den politischen Staat in Deutschland beherrscht. Der Vertretertag des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm die tiefere Ueberzeugung mit, daß das Schicksal der unteren und mittleren Beamtenkreise, aber auch das Schicksal der Republik, von dem weiteren Fortgang der freigeberischen Beamtenbewegung in Deutschland wesentlich abhängt. Der Vertretertag schied von der Offenburger Tagung mit dem Bewußtsein, daß die freie Beamtenbewegung heute gescheitert wie sie dastehet und er beschloß, die nächste Konferenz in Baden-Baden stattfinden zu lassen.

Landesverband der Telegraphen- und Leitungsarbeiter des Rbd. Bezirks Karlsruhe

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hatte die Telegraphen- und Leitungsarbeiter des Rbd. Bezirks Karlsruhe zu einer Landesversammlung am 15. November nach Offenburg einberufen, welche sehr stark besucht war. Kollege Lang schilderte einleitend die im Laufe der letzten Jahre unternommenen Schritte, um die Verhältnisse der Telegraphen- und Leitungsarbeiter zu verbessern. Es muß außerordentlich bedauert werden, daß die Reichsbahn-Gesellschaft dieser Arbeiterkategorie, welche verantwortungsvolle Arbeiten bei jeder Witterung auszuführen hat, anstatt Verbesserungen, erhebliche Verschlechterungen zuteil werden ließ. Auch in der Unfallversicherung sei kein Entgegenkommen gesiegt worden.

Bezirksleiter Schneider behandelte eingehend die Tätigkeit der Organisation im Interesse der heute sehr stark vertretenen Kollegen. Schon jahrelang sei eine Reform des Telegraphenunterhaltungsdienstes, der organisatorisch im Reich sehr unzufrieden sei, geplant. Es sei richtig, daß die Telegraphen- und Leitungsarbeiter Arbeiten ausführen müssen, welche vielfach handwerksmäßiges Können und Wissen voraussetzen. Wiederholt sei eine höhere Einstufung dieser Arbeiterkategorie gefordert, doch von der Reichsbahn-Gesellschaft abgelehnt worden. Eingehend schilderte Redner die Verhandlungen über die notwendige Erhöhung der Löhne. Die derzeitige schlechte Bezahlung liege auch nicht im Interesse der Reichsbahn-Gesellschaft, da die Betriebsfähigkeit nicht leidet, andererseits zeigt sich eine sehr starke Zunahme der Unfall- und Krankheitsziffern. Die Eisenbahner in der Gesamtheit müssen sich aufpassen, um eine ihrer Arbeit entsprechende Bezahlung zu erreichen.

An die beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lange Diskussion an. Uebereinstimmend waren die Beschwerden über ungenügende Bezahlung, ungenügende Auswärtssulage usw. Auch werden die Telegraphen- und Leitungsarbeiter bei der Ausgabe von Schutzkleidern mehr wie stiefmütterlich behandelt.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung ist geäußert, daß die komplizierte Arbeit der Telegraphen- und Leitungsarbeiter in Lohngruppe 5 des Rbd. nicht genügend bezahlt, eine höhere Einstufung notwendig ist. Bis Erfüllung dieser Forderung müsse eine Bewertungssulage von der Organisation angestrebt werden, wie solche anderen Arbeitergruppen besetzt wird. Im weiteren werden Schutzkleider gefordert, weil die Arbeit bei allen Witterungsverhältnissen im Freien ausgeführt werden muß. Pflicht jedes Telegraphen- und Leitungsarbeiters sei es, sich dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands anzuschließen, um die Erfüllung der berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Mit einem warmen Appell zur tätigen Mitarbeit in der Organisation schloß Kollege Lang in später Abendstunde die Landesversammlung.

Gemeindepolitisch

Egersweier. Die Ratsen, die seit einigen Wochen auch hier in recht schlimmer Weise in Erscheinung getreten sind, haben 7 Kinder im Alter von 2-3 Jahren dahingerafft. Vor allem gefährlich wird die Krankheit dadurch, daß in mehreren Fällen Lungentzündung eintritt.

Waldkirch. Der hiesigen Gemeinde wurde der Voranschlag vom Bürgerschaftsausschuss seinerzeit abgelehnt. In der Gemeinderatsitzung vom 11. November stellte der Bürgermeister den Antrag zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Stadtkasse, auf Grund des Notgesetzes vom 22. Oktober d. J. mangels weiterer Mittel eine weitere Umlagevoranschlags von 10 Pfennig für November und von fünf Pfennig für Dezember zu erheben. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso der zweite Antrag des Bürgermeisters, im November nur 5 Pfennig Vorumlage zu erheben. Der Bürgermeister erklärte, daß er bei dieser Sachlage für eine ordnungsgemäße Erledigung der Ausgabenverpflichtungen keine Verantwortung übernehmen könne. Der Bürgermeister wurde beauftragt, mit dem Verband badischer Gemeinden oder dem badischen Städtebund wegen Beteiligung an der Aufnahme eines Auslandsdarlehens mit einem Betrage von 100 000 Mark zu verhandeln, da anderes Geld für die städtischen Bauarbeiten nicht zu beschaffen ist.

Ein Vorspiel zur Großen Koalition in Baden

Die volksparteiliche „Badische Presse“ von gestern abend berichtet:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigt sich heute gemeinsam mit dem geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes mit der Art des Empfanges des Herrn Reichspräsidenten in Karlsruhe, der in weiten Kreisen der Bevölkerung lebhaften Unwillen hervorgerufen hat. Ganz besonders spricht die Fraktion wie der geschäftsführende Vorstand dem Herrn Innenminister Remmele das höchste Mißfallen über das Verbot, schwarz-weiß-rote Flaggen zu führen, aus und erwartet, daß der Herr Innenminister in kürzester Zeit die Gründe zu seinem Vorhaben der Öffentlichkeit bekannt gibt. Der Empfang des Herrn Reichspräsidenten in Karlsruhe stand in scharfem Gegensatz zu dem benachbarten Völkchen. Fraktion und geschäftsführender Vorstand geben fernherhin ihrem Fremden den Ausdruck, daß das Staatsministerium seinen Weg gefunden hat, um den gesamten Landtag dem Herrn Staatspräsidenten vorzuführen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird alsbald im Landtag zu dieser Frage Stellung nehmen.

Wenn sich die Herren Volksparteiler die Mühe genommen hätten, die Verfügung des badischen Innenministers erst einmal genau anzusehen, hätten sie sich ihre Enttäuschung sparen können. Die Verfügung richtet sich nämlich gar nicht gegen die schwarz-weiß-rote Fahnen, sondern gegen die Symbole der Kampfbünde. Der badische Innenminister wollte, wie es die Amtspflicht ihm auch gebot, beim Empfang des Reichspräsidenten die Parteikämpfe ausschalten. Die schwarz-weiß-rote Fahne, die herabwürdigenden kein vernünftiger Mensch begründeten Anlaß hat, ist zur Veranschaulichung der nationalpolitischen Kämpfe und Mordorganisationen geworden; sie ist geradezu das Banner aller Feinde der gegenwärtigen Staatsordnung geworden. Will man schon den Reichspräsidenten würdig begrüßen, dann allein in den Farben des Reiches und des Landes, in dem er zu Gast weilt. Studentischen Korporationen, Kriegervereinen usw. die j. B. die schwarz-weiß-rote Fahne schon früher als Vereinsfahne führten, war es nicht verboten, ihre in diesen Jahren gehaltenen Vereinsfahnen offen zu tragen. Schon dadurch ist bewiesen, daß der volksparteiliche Protest ein leichtfertiger und in der Sache gar nicht begründeter ist. Aber selbst fertig in politischen Dingen ist noch zu allen Zeiten das Charakteristikum der Nationalliberalen gewesen.

Der volksparteiliche Vorstoß gegen den Innenminister ist aber unter den in Baden obwaltenden Verhältnissen sehr interessant. Die Volkspartei ist bereit, nach dem ihre Wahlhoffnungen in die Brüche gegangen sind in eine große Koalition einzutreten; natürlich ist ihr ein



Teekanne Schwarz
kandito raffig dem
angenehm schmeckend
besonders geeignet zum
Genuss von Milch-
Sahne als Frühstück-
Getränk

1/2 kg nur 50 Pfg.



Rahma
der feine

MARGARINE

Rahma
buttergleich

nimmt Euch heut und morgen
alle Butter Sorgen

Arbeiter
kaufen ihre 6172
Arbeitskleider
Hosen
Windjacken
Codenjoppen
Anzüge / Mäntel
Anschäde / Gamaschen
Reisekoffer
sehr preiswert bei
Maier Handels-
lohnplatz.

Bürgerliche Koalition gegen die Sozialdemokratie am liebsten. Das Zentrum und leider auch die Demokraten sind bereit, eine große Koalition mitzumachen, obgleich dazu in Baden gar kein Anlaß vorliegt. Der volksparteiliche Vorstoß beweist nun, daß die volksparteilichen Demokraten glauben, zunächst noch einmal auf die bürgerliche Koalition gegen die Sozialdemokratie hinzielen zu können. Nun hat das Zentrum vor zwei Tagen in Cassel für die Republik und damit auch für Schwarz-Rot-Gold erklärt.

Politisch wäre es nun sehr lehrreich, wenn die erste politische Handlung des Zentrums nach Cassel die wäre, daß das Zentrum in Baden — und zwar ohne jeden begründeten Anlaß — weiter auf eine Koalition mit der Partei hinarbeiten würde, die einen so leichtfertigen Vorstoß gegen den Innenminister unternimmt, der in korrekter Erfüllung seiner Amtspflicht gehandelt hat. Derartige leichtfertige Seitenprünge würde sich die Volkspartei auch in der großen Koalition leisten, denn sie entsprechen ihrem Wesen und dem Mangel an enger politischer Verantwortlichkeit. Die Entschlebung des volksparteilichen Landesauschusses und der volksparteilichen Landtagsfraktion kommt gerade noch zur rechten Zeit, um allen die Augen darüber zu öffnen, wie fallig es wäre, mit dieser Partei in Baden eine Koalition einzugehen. Das badische Zentrum will, wie der »Badische Beobachter« in den letzten Tagen so lebhaft betont, die bisherige Linie der badischen Politik eingehalten wissen. Glaubt denn das Zentrum, daß das mit der Deutschen Volkspartei möglich sein würde, die wir alle doch zur Genüge kennen? Die Deutsche Volkspartei ist zur ernsten und verantwortungsvollen politischen Arbeit noch nicht errogen; es wird noch einige Zeit bedürfen, bis diese Erziehungsarbeit auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Letzte Nachrichten

Ergebnis der heftigsten Provinziallandtagswahlen

Darmstadt, 19. Nov. Bei den Wahlen zum heftigsten Provinziallandtagswahlen fielen auf die einzelnen Parteien abgerundet folgende Stimmenzahlen: Sozialdemokraten 164 000, Zentrum 78 000, Deutsche Volkspartei 71 000, Demokraten 35 000, Deutschnationale und heftiger Landbund 88 000, Kommunisten 31 000, Evangelische Volksgemeinschaft (Oberbesen) 3000, Freie Bauernschaft 12 500, Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Verbände 3500. Die Zahl der Mandate wird sich folgendermaßen verteilen: Sozialdemokraten 44, Zentrum 21, Deutsche Volkspartei 13, Demokraten 9, Deutschnationale und heftiger Landbund 24, Kommunisten 7, Evangelische Volksgemeinschaft 1, Freie Bauernschaft 4, Arbeitsgemeinschaft wirtschaftlicher Verbände 1. Das Ergebnis ist noch nicht endgültig, doch wird sich im allgemeinen nicht mehr viel ändern.

Ein deutsch-spanisches Handelsprovisorium

Madrid, 18. Nov. Aufgrund von Verhandlungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger, Vizekonsul Kerner, und dem Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten de Palacios ist ein neuer modus vivendi für die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien für den Zeitraum von 6 Monaten abgeschlossen worden.

Briefkasten der Redaktion

E. N. Gagenau. Ein Nachtrag im Mietvertrag kann nur mit Ihrer Zustimmung gegeben. Ein willkürlicher Eintrag hat keine Verbindlichkeit. Wenn jedoch die Straßeneinigung allgemein so geschieht, würden wir nicht empfehlen, es zur gerichtlichen Klage kommen zu lassen.

H. M. D. Sie können die gewünschten Ausweispaßere erhalten durch das Versorgungsamt Karlsruhe. Dieses wird das Gesuch an das in Frage kommende Depot weiterleiten, oder mitteilen, wohin Sie sich selbst wenden können. Bei dem immensen Umfang dieser Angelegenheiten muß vorher eine genaue Feststellung gemacht werden. Sie müßten deshalb mit dem Erläuterer um Mitteilung der Adresse des zuständigen Depots auch Ihre genauen Personalien, besonders, ob auch verwundet, oder Lazarettfrank gemeldet, an das Versorgungsamt Karlsruhe einleiten.

H. K. Kattenbrunn ist Eigentum des früheren Grobherzogs von Baden und es besteht dort ein eigenes Forstamt. Ob die Besetzung »Großherzogliches Forstamt Kattenbrunn« auf sich ist oder nicht, entsteht sich unserer Kenntnis. Auf alle Fälle aber würde die Besetzung »Friedrich v. Jägermeister Forstamt Kattenbrunn« mehr den Tatsachen entsprechen.

Wie zu 4 Stellen 40 Bk. die Stelle Vergütungsantrag haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Beförderung, oder werden zum Stellenantritt bereit.

Wie zu 4 Stellen 40 Bk. die Stelle Vergütungsantrag haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Beförderung, oder werden zum Stellenantritt bereit.

Eröffnung des italienischen Parlaments

Rom, 18. Nov. Die Kammer hat heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Mussolini gab einen Leberstütz über die von der Regierung geleistete Arbeit und erbat eine Würdigung des Wahlsiegens. Mussolini übernahm das Geschick der italienischen Unterhändler an, deren Bemühungen von Erzielen gekrönt seien. Der Faschismus beherrsche souverän die Lage im Innern. (Beifall.) Mussolini verlas dann mehrere faschistische Gesetzentwürfe und schloß mit den Worten: Die neue Generation lebe in historischen Stunden, in denen der Grundstein zur künftigen Macht Italiens gelegt werde. (Lebhafter Beifall.)

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 88, sef. 2; Rehl 189, sef. 3; Maxau 377, sef. 4; Mannheim 257, sef. 7 Zentimeter.

Geschäfts-Eröffnung

Der geschätzten Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich unter Heutigem im Hause

Adlerstraße 38

ein Etagegeschäft in Spezial-Wollwaren

eröffnet habe.

Um mir bei der geehrten Kundschaft das unbedingt notwendigste Vertrauen zu sichern, wird es mein Primat sein:

Erste Qualitäten, Billigste Preise

Zur Eröffnung bringe ich

Herren- u. Damen-Wollwesten 13.50
beste Qualität, geschmackv. Ausführg. Mk.

Kinder-Wollwesten 7.25
in allen Größen und Farben . . . Mk.

Damen- u. Kinder-Wollkleider fertig u. nach Maß, v. einfachst. b. zur elegant. Ausführg.

Pullover die aparte Modeneuheit

Woll- und Seiden-Schals beste Qualität **2.75**

Strickbinder hervorr. schöne Dessins **— .50**

Julius Axelrad Adlerstraße 38 2 Treppen

Badisches Landes-Theater

Donnerstag, 19. Nov.
A 8. 7h. - 8. 401 - 500

Die Räuber

Trauerpiel in 5 Akten von Schiller.
In Szene gesetzt von Felix Baumgärtel.

Personen:

Maximilian von der Trude	Brüder
Karl	Söhne
Franz	Söhne
Amalie	Wäcker
Siegelberg	Brand
Schweizer	Knecht
Heller	Söldner
Himm	Rehner
Mazmann	Wahl
Schwarz	Schneider
Schusterle	Weber
Reinhold	Leitgeb
Hermann	Storg
Hektor Weiser	Prätor
Ein Bauer	Serv
Daniel	Gemmede

Anfang 7 Uhr.
Ende gegen 11 Uhr.
Sperre 11.20 Uhr.

Haupt-Kartenverkauf in der Stadt durchgehend v. 8-6 Uhr in der Musikalienhandlg. Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße.

AUXOLIN

stärkt u. reinigt den Haarboden u. verhindert die Schuppenbildung. Hinterläßt einen lieblichen, nicht aufdringlichen Veilchengeruch.

Haarwasser

F. WOLFF & SOHN KARLSRUHE

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme an dem Hinscheiden unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

Adolf Binfle

sowie die zahlreiche Beteiligung seitens der karlsruher Betriebe, die Kranzüberreichungen seitens seiner Mitarbeiter, des Bekleidungs- und Verbands der Gemeindefreunde, des Verbandes der Gemeindefreunde, langem wie auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Karlsruhe, den 17. November 1925.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zimmermann Pianos

Sehr preiswert. Große Auswahl Teilzahlung.

H. Maurer

Kaiserstraße 178
Ecke Hirschstraße
Altein. Niederl. von Gebr. Zimmermann
größte Pianofabrik Europas 5149

Gute gelbe Banländer Speise-Kartoffeln sowie **prima Äpfel**

zum Einlagern zu haben bei **Dr. Pfeiffer, Rabenstr. 66.**

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse vertilgt radikal unter Garantie **schnell und billig**

Fr. Hüllstern, Karlsruhe
Herrenstr. 5, Zähringerstr. 70 II. u. Nußstr. 10 — Telefon 5791

Trauerhüte in jeder Preislage stets vorräthig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Trauerbriefe schnell und billig die Verlagsgesellschaft

Wagner, Patentreife, Chaiselongues, Gumbel, Hammer, Erbprinzstraße 26.

URANIA

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der Proletarische Kosmos

Zu beziehen durch

Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43 Telefon 3701

Amtliche Bekanntmachungen

Grundstücks-Zwangsvollstreckung.

IV. 2. 2. 9/25: Im Verfahren der Zwangsversteigerung sollen die unten beschriebenen, in Karlsruhe-Badland gelegenen, im Grundbuch von Karlsruhe, Band 22, Blatt 20 D, Band 441, Blatt 12 D, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Jakob Rober, Maurer in Badland und dessen Ehefrau Friederike, geb. Hess, eingetragenen Grundstücke

am **Freitag, den 22. Januar 1926** vormittags 9 Uhr

durch das Notariat — in den Diensträumen: Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 10, in Karlsruhe — versteigert werden:

1. Zgb. Nr. 16993: 8 ar 6 qm Biets, Gebw. »Reichshaus«, Schätzung 120 RM.
2. Zgb. Nr. 18818: 10 ar 75 qm Ackerland, Gebw. »Langacker«, Schätzung 200 RM.
3. Zgb. Nr. 18932: 17 ar 43 qm Ackerland, Gebw. »Hammer«, Schätzung 300 RM.
4. Zgb. Nr. 19663: 6 ar 52 qm Waldstraße, Gebw. »Waldstraße«, Schätzung 1600 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. September 1925 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Gültigkeit der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen Grundbuchbetreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungssätze, ist hierdurch bestätigt.

Rechts die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht zu ersehen waren, sind insbesondere in der Versteigerungsversteigerung vor der Auktion zur Abgabe von Geboten anzuzeigen und, wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen. Andernfalls werden nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Karlsruhe, den 17. November 1925. 2249
Not. Notariat IV als Vollstreckungsgericht.

Urtlacher Anzeigen.

Abdeckung der Gruben.

In letzter Zeit mußte mehrfach die Beobachtung gemacht werden, daß die bei den Gärten befindlichen Gruben (Rausch-, Abfall- und Abwassergruben) nicht abgedeckt sind. Abgesehen davon, daß diese Gruben eine Un- und Ueberwinterungshätte für Schmutz und andere Ungeziefer bilden, kann daraus für die Wintermonate schwere Gefahren entstehen. Nach ist die Unterabdeckung der Abdeckung nach § 307, § 12 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar.

Ich fordere deshalb sämtliche Grundstückeigentümer bzw. Pächter auf, bis spätestens Ende dieses Monats ihre Gruben gehörig abzudecken, andernfalls, neben dem im vorausgehenden Vollzug strafendes Einschreiten erfolgen dürfte.

Urtlach, den 16. November 1925.
Der Oberbürgermeister.

Sttlinger Anzeigen.

Zahlungsaufforderung.

Nachstehende Gemeindeforderungen sind auf die unten beigefügten Termine zur Zahlung fällig geworden:

- 1.) Am 5. ds. Mts., Gebäudesondersteuer für Monat Oktober 1925.
- 2.) Am 11. ds. Mts., Nachzins für die RdT. Grundstücke und Gartenanlagen.
- 3.) Am 15. ds. Mts., Rate der vorläufigen Gemeinde- und Kreissteuer 1925/26, 2. Aufforderung; Zahlungspflichtige, welche mit der Begleichung, im Rückstande sind, werden aufgefordert, innerhalb 8 Tagen ihrer Verpflichtung nachzukommen. Bezüglich der Nachzins wird bemerkt, daß eine besondere Aufforderung nicht ergeht.

Sttlingen, den 19. November 1925. 2248
Stadtkasse.

Bruchsaler Anzeigen.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß die Verlegung:

1. eines Teiles des allgemeinen Reichsfeldes Nr. 16 früher Quadrat E 2, umfassend die Gräber der im Jahre 1900 verstorbenen erwachsenen Personen
2. eines Teiles des Kinderleichenfeldes Nr. 9, früher Quadrat F 1, umfassend die Gräber der im Jahre 1900 verstorbenen Kinder umlaufen ist und daß diese Gräber eingeebnet werden sollen.

Wünschigen Angehörige, daß ein Grab übergegangen, also erhalten werde, so ist dies innerhalb 4 Wochen dem Friedhofsausschuß (Stadtesamt) anzuzeigen, von welchem die Bedingungen für die Verlegung der Gräber mitgeteilt werden.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die auf den nicht zu verlegenden Gräbern sich befindlichen Kreuze, Denkmale und Einfassungen innerhalb obiger Frist entfernt werden müssen, andernfalls solche von der Stadt befristet und für Rechnung der Gräber mitgeführt werden.

Bruchsal, den 19. November 1925.
Der Friedhof-Ausschuß.

Trauerhüte in jeder Preislage stets vorräthig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Trauerbriefe schnell und billig die Verlagsgesellschaft

Wagner, Patentreife, Chaiselongues, Gumbel, Hammer, Erbprinzstraße 26.

URANIA

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der Proletarische Kosmos

Zu beziehen durch

Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43 Telefon 3701

Urtlacher Anzeigen.

Abdeckung der Gruben.

In letzter Zeit mußte mehrfach die Beobachtung gemacht werden, daß die bei den Gärten befindlichen Gruben (Rausch-, Abfall- und Abwassergruben) nicht abgedeckt sind. Abgesehen davon, daß diese Gruben eine Un- und Ueberwinterungshätte für Schmutz und andere Ungeziefer bilden, kann daraus für die Wintermonate schwere Gefahren entstehen. Nach ist die Unterabdeckung der Abdeckung nach § 307, § 12 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar.

Ich fordere deshalb sämtliche Grundstückeigentümer bzw. Pächter auf, bis spätestens Ende dieses Monats ihre Gruben gehörig abzudecken, andernfalls, neben dem im vorausgehenden Vollzug strafendes Einschreiten erfolgen dürfte.

Urtlach, den 16. November 1925.
Der Oberbürgermeister.

Sttlinger Anzeigen.

Zahlungsaufforderung.

Nachstehende Gemeindeforderungen sind auf die unten beigefügten Termine zur Zahlung fällig geworden:

- 1.) Am 5. ds. Mts., Gebäudesondersteuer für Monat Oktober 1925.
- 2.) Am 11. ds. Mts., Nachzins für die RdT. Grundstücke und Gartenanlagen.
- 3.) Am 15. ds. Mts., Rate der vorläufigen Gemeinde- und Kreissteuer 1925/26, 2. Aufforderung; Zahlungspflichtige, welche mit der Begleichung, im Rückstande sind, werden aufgefordert, innerhalb 8 Tagen ihrer Verpflichtung nachzukommen. Bezüglich der Nachzins wird bemerkt, daß eine besondere Aufforderung nicht ergeht.

Sttlingen, den 19. November 1925. 2248
Stadtkasse.

Bruchsaler Anzeigen.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß die Verlegung:

1. eines Teiles des allgemeinen Reichsfeldes Nr. 16 früher Quadrat E 2, umfassend die Gräber der im Jahre 1900 verstorbenen erwachsenen Personen
2. eines Teiles des Kinderleichenfeldes Nr. 9, früher Quadrat F 1, umfassend die Gräber der im Jahre 1900 verstorbenen Kinder umlaufen ist und daß diese Gräber eingeebnet werden sollen.

Wünschigen Angehörige, daß ein Grab übergegangen, also erhalten werde, so ist dies innerhalb 4 Wochen dem Friedhofsausschuß (Stadtesamt) anzuzeigen, von welchem die Bedingungen für die Verlegung der Gräber mitgeteilt werden.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die auf den nicht zu verlegenden Gräbern sich befindlichen Kreuze, Denkmale und Einfassungen innerhalb obiger Frist entfernt werden müssen, andernfalls solche von der Stadt befristet und für Rechnung der Gräber mitgeführt werden.

Bruchsal, den 19. November 1925.
Der Friedhof-Ausschuß.

Für kalte Tage Winterwaren

EXTRA-FREITAG - SAMSTAG - MONTAG
PREISE

Warme Stoffe

Hemden-Flanell gestreift und kariert, Meter	0.58
Sport-Flanell aparte Stoffen . Mtr. 0.95	0.78
Hemden-Flanell prima Körperware 1.50	1.20
Flock-Köper 50 cm breit . . . 1.95 1.10	0.95
Flock-Piqué Waffelmuster, 60 cm breit, Meter	1.35
Molton weiß und farbig, für Kinderwäsche .	0.85
Unterrock-Flanell einfarbig u. gestreift, 80 cm breit . . Mtr.	1.25
Normal-Flanell für Unterleider . Mtr.	1.35
Negligé-Flanell für Bettdecken u. Kinderkleidern . . . Mtr.	1.35
Kleider-Velour moderne Ausmusterung, Meter	0.85
Bettuch-Biber solide schwere Ware 2.25	1.60

Damen-Wäsche

Croisé-Damenhemd mit Achselabschluss	2.90
Croisé-Damenhemd halblange Ärmel, prima Qualität . .	4.50
Croisé-Damenhemd extra weit, Coller u. Fesembördchen	4.75
Croisé-Damenbeinkleid mit reicher Stickerei .	3.15
Croisé-Damenbeinkleid lange Form, reiche Stick.	3.75
Croisé-Damenbeinkleid extra weit u. lang	4.50
Croisé-Nachtjacke extra weit m. Feston	4.50
Croisé-Damennachthemd prima Ware	10.25
Flanell-Frauenhemden extra weit, gestreift, mit	3.75
Flanell-Frauenbeinkleid lange Form gestreift, schöne Farben	3.50

Schlafdecken

Schlaf-Decken uni grau mit Borde Stück	2.75
Jacquard-Schlafdecken schöne Ausm.	6.50
Jacq.-Schlafdecken schwere Ware, bester Wollimitat. 12.00	9.00

Biber-Bettücher

Biber-Bettücher solide Ware, weiß und farbig . Stück 2.25	2.95
Biber-Bettücher extra schwer . Stück	4.50
Biber-Bettücher Ia Körperware St. 6.50	5.50

Verkauf der Lose für die Arbeiterwohlfahrtslotterie an unseren sämtl. Kassen. Stück 50 Pfg.

KNOPF

Bedeutende Preisermäßigung

In meinen Abteilungen

Handschuhe
Strümpfe
Trikotagen
Wollwaren

Günstigste Gelegenheit für
Weihnachts-Einkäufe

BURCHARD

Matragen, Bettmöbe
Chaiselongues, Divans
hat billig abzugeben
Reichardt, Schöngem. 28

Tanz-
Lehr-Institut
J. Braunagel
Nowacksanlag. 13
Telefon 5859
Beginn neuer Kurse
für Anfänger und
Vorgeschrittene.
Auch Einzelunterricht.
Sofort Anmelde.

Deutsch-Griechische Gesellschaft e. V. und
Bereinigung der Freunde des
humanitären Gymnasiums.

Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr,
findet im großen Saal des Chemischen Instituts
der Technischen Hochschule
ein Lichtbilder-Vortrag
von Professor Dr. Reichardt-Konstantz statt.
Thema:
Meine Griechenland-Reise im Frühjahr 1925.
Hierzu ist jedermann freundlich eingeladen.
Freiwillige Beiträge zur Unkostenbedeckung werden am
Saaleingang mit Dank angenommen.

Beste Bezugsquelle für

Strickwaren

Anfertigung nach Maß, in jeder Form und
Farbe. Eigene Strickerei mit elektr. Betrieb.
J. Schmidt, Kaiser-Allee 51.

Große Festhalle
Morgen Freitag, 20. November 8 Uhr
Lieder-Abend
Kammersänger Heinrich
SCHLUSNUS
Am Flügel: Franz Rapp. Werke von
Händel, Schumann, Rachmaninoff,
Gretschaninoff, Mozart, Ständchen und
Champagnerlied aus „Don Juan“,
Massenet etc. Karten zu Mk 2,-
3,-, 4,- und 5,- bei 6286
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

„Friedrichshof“ Karl-Friedrich-
straße
im Großen Festsaal
Samstag, den 21. November, abends 7 Uhr
Herbst-Konzert
unter Mitwirkung d. Blasorchester Karlsruhe
Dirigent: A. Eise, Obermusikmeister a. D.
Gaben der Leitung und darauffolgendem
Ball
Kasseneröffnung 7 Uhr — Ende 3 Uhr
Eintritt zum Konzert Berlin 1.- Mk.
Kartenverkauf in der Geschäftsstelle Goethe-
straße 47, Waldermeister Bieder, Tapeziermeister
Rüsch, Kirchstraße 28, sowie an der Abendkasse
Water-, Lackier-, u. Tapeziermeister-
Bereinigung Karlsruhe (Sonder-
vereinigung)

COLOSSEUM
?? Die Frau mit den ??
?? 1000 Augen! ??

„Zum Galmen“ Am Ludwigsplatz
Telephon 2019
Freitag **Schlachtag.**
Jeden Samstag ab 6 Uhr
abends Schweinsbrat.
Reichhaltige Schlachtplatten.
Freiz. Bittel, Reiger und Witt.
6293

Achtung!
Welcher Hauseigentümer gibt jung Ehepaar
1 Zimmer mit Küche!
Wohnung wird f a d g e m a ß b e r g e r i c h t e t ,
eventuell bei Geschäftsbesuch wird auch
Reisearbeit unentgeltlich herbeigeführt.
Gilangebot an Willi Hübel,
Giettrontener, Winterstraße 28, 5. Etod.

Residenz Lichtspiele
Waldstraße
Ab Freitag!
„Götz von Berlichingen“
Der Mann mit der eisernen Hand
1 Vorspiel u. 6 Akte nach Goethe u. historischen Motiven
Ein Teil der Original-Aufnahmen erfolgte an
den historischen Stätten Heilbronn a. Neckar
Deutsches Können u. Deutscher Geist
Kinematogr. Wochenberichte aus allen
Weltteilen

Gesangverein
„Badenia“
E. V.
Samstag, 21. November, pünktlich
8 Uhr, im großen Saal der Festhalle
Stiftungskonzert
anlässlich des 54. Stiftungstages.
— Saalöffnung 7/8 Uhr —
Ausführende:
Die Herren Kammermusiker Schmeck
(Harfe) Keilbert (Cello) u. Herr Keil-
bert jr. (Klavier), sämtliche vom Bad.
Landestheater sowie der Männerchor
des Vereins unter Leitung ihres Chor-
meisters Herrn Dr. Weibelzahl
Preise der Plätze für Nichtmitglieder
1.60, 1.30 u. 1.10 Mk. einschl. Einlage-
gebühr, Lustbarkeitssteuer u. Programm
Kartenverkauf: Musikalienhandlung
Müller, Zigarrengesch. Meyle, Markt-
platz u. Papierhdg. Eissele, Werderpl.
Unsere Mitglieder verweisen
wir auf die Vereinssetzung.
Nach dem **Großer Festball** Harmonie-
Konzert **Orchester**
Ende 3 Uhr 6200
— Siehe auch Plakate —
Druckarbeiten aller Art liefert schnell die
Verlagsdruckerei
Vollständig G. m. b. H.

Als politischer Gefangener
Bilder aus dem Gefängnisleben
Umfang 150 Seiten,
in Halblein, gebunden mit Schutzumschlag
Mk. 3.50.
Wollen Sie einen Einblick in das Leben eines
Gefängnisinsassen, der wegen politischer
Betätigung längere Zeit inhaftiert war, ge-
winnen, dann lesen Sie dieses hochinter-
essante und fesselnde Buch, das ein
Arbeiter für die Arbeiter geschrieben hat.
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstraße 43

Frische

SEE-FISCHE
Gingetroffen
direkt von der Nordsee in
Spezial-Fisch-Waggons
in schwerster Eispackung
12000 Pfund frische

Kabeljau
und
Schellfisch
kopflos
im ganzen Fisch
Pfd. **36** Pfg.
im Anschnitt
Pfd. **35** Pfg.
Wir erhalten frische und Fisch-
marinaden wöchentlich in Schiffs-
labungen, Küsterverkehr in täglichen
Schiffanlieferungen und sind daher
in der Lage unsere Kundenschaft stets
mit frischer Ware preiswert zu
bedienen. 6291

PHANKO

Pfannkuch